

Der Minister

**Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen**



Die Ministerin

**Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration des
Landes Nordrhein-Westfalen**

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration NRW, 40219 Düsseldorf

40. Juli 2023

Seite 1 von 1

**Präsidenten
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf**

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

**VORLAGE
18/1378**

Alle Abgeordneten

Ministerium des Innern
Telefon 0211 871-2821

Ministerium für Kinder, Jugend,
Familie, Gleichstellung, Flucht
und Integration
Telefon 0211 837-4214

Dritter Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) „Salafismusprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe“

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Landtags wird der Bericht „Dritter Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Salafismusprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe““ übermittelt.

Ministerium des Innern NRW
Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Mit freundlichen Grüßen

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw


Herbert Reul MdL


Josefine Paul MdL

Ministerium für Kinder,
Jugend, Familie, Flucht und
Integration NRW
Dienstgebäude:
Völkinger Straße 4
40219 Düsseldorf

Telefon 0211 837-02
Telefax 0211 837-2200
poststelle@mkjfgfi.nrw.de
www.mkjfgfi.nrw.de



**Dritter Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG)
„Salafismusprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe“**

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	2
2. Bilanzen der IMAG Ressorts	4
2.1. Bilanz der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit des Verfassungsschutzes im Ministerium des Innern (IM)	4
2.2. Bilanz der Abteilung Integration im Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration (MKJFGFI)	10
2.3. Bilanz der Abteilung Kinder und Jugend im Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration (MKJFGFI)	16
2.4. Bilanz der Abteilung Gleichstellung im Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration (MKJFGFI)	19
2.5. Bilanz der Abteilung Flucht im Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration (MKJFGFI)	19
2.6. Bilanz des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft (MKW): Präventions- und Deradikalisierungsarbeit der Landeszentrale für politische Bildung sowie Netzwerkarbeit und Forschungsförderung	21
2.7. Bilanz des Ministeriums für Schule und Bildung (MSB)	28
2.8. Bilanz des Ministeriums der Justiz (JM)	32
3. Vorstellung des Wissenschaftlichen Beirats der IMAG	36
4. Schwerpunktthema: Digitale Plattformen: Treiber von Radikalisierung und Mittel der Prävention	39
5. Fazit	44
6. Ausblick	46
7. Anhänge	48
7.1. Literaturverzeichnis zum Schwerpunktthema: Digitale Plattformen: Treiber von Radikalisierung und Mittel der Prävention	48
7.2. Tabellarische Übersicht der Präventionsmaßnahmen und Programme der IMAG-Ressorts (gemeinsame Projektmatrix)	50

1. Einleitung

Die Landesregierung hat die Entwicklungen im Bereich des Islamismus und Jihadismus weiterhin im Blick. Für Entwarnung gibt es keinen Grund. Von islamistisch motivierten Extremistinnen und Extremisten geht nach wie vor eine hohe abstrakte Gefahr für terroristische Anschläge in Deutschland aus.

Als die Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) „Salafismusprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ (kurz: IMAG „Salafismusprävention“) mit Kabinettsbeschluss vom 16. Februar 2016 gegründet wurde, stand die Öffentlichkeit noch unter dem Eindruck der Terroranschläge des sogenannten Islamischen Staates (IS) 2014 im Nahen Osten und der Attentate, die im Zuge dessen Europa erschütterten. Die Bilder radikalisierte junger Männer, die in Fußgängerzonen Ausgaben des Korans in deutscher Übersetzung verteilten und versuchten, insbesondere Jugendliche dazu zu bringen, ihr bisheriges Leben aufzugeben und für den IS in ein Kriegsgebiet auszureisen, beherrschten die Debatte zu Radikalisierung und Prävention.

Heute, sieben Jahre später, hat sich die Lage verändert. Der IS hat seine wesentlichen Territorien in Syrien und im Irak verloren und wurde militärisch zurückgedrängt. Dadurch reduzierten sich auch seine Fähigkeiten zur Durchführung externer Operationen. Doch die Gefahr terroristischer Anschläge besteht weiterhin, auch in Deutschland. Die Messerangriffe in Dresden im Oktober 2020 und im ICE nach Nürnberg im November 2021, der vereitelte Anschlag auf die Synagoge in Hagen 2021 sowie die Festnahme im Fall Castrop-Rauxel im Januar 2023 belegen, dass die Bedrohung fortbesteht.

Obwohl jihadistische Strukturen zurückgedrängt wurden, ist die dahinterstehende demokratiefeindliche und totalitäre Ideologie keineswegs verschwunden und kann weiterhin zu Anschlägen inspirieren. Seit Beginn des Jahres 2022 ist überdies eine deutliche Zunahme der Da'wa-Aktivitäten im extremistischen Salafismus zu beobachten, die mittlerweile auch wieder im öffentlichen Raum stattfinden. Die Szene ist dabei, sich neu zu konsolidieren.

Zudem hat sich der Phänomenbereich Islamismus in Deutschland und Nordrhein-Westfalen (NRW) in den vergangenen Jahren verändert. Vor allem haben legalistische Organisationen ihre Aktivitäten ausgeweitet und verstärkt. Neue Gruppierungen sind

entstanden, die aktuelle gesellschaftspolitische Themen aufgreifen und gezielt vor allem junge Menschen ansprechen, um sie zu vereinnahmen und auf ihre Seite zu ziehen. Ihre Anwerbeversuche und Propaganda finden heute aber nicht mehr nur im öffentlichen, sondern vor allem im virtuellen Raum statt. Islamistische Gruppierungen nutzen alle Möglichkeiten, die ihnen das Internet bietet. Sie sind in Sozialen Medien und auf online-Plattformen aktiv und haben ihre Auftritte professionalisiert.

Dass auch im Jahr 2023 Menschen anfällig für Anwerbeversuche aus extremistischen Szenen sind, ist vor allem auf ökonomische und soziale Schieflagen zurückzuführen, zum Teil auch auf die Corona-Pandemie und damit einhergehende Maßnahmen und gesellschaftliche Folgen. Heute wissen wir, dass neben prekären Lebenslagen auch Diskriminierungserfahrungen und das Erleben von antimuslimischem Rassismus Radikalisierungsverläufe begünstigen können.

Das Ziel der IMAG „Salafismusprävention“ bleibt – auch im Kontext veränderter Rahmenbedingungen – dasselbe: Dem Phänomen als gesamtgesellschaftlicher Aufgabe interdisziplinär und ganzheitlich zu begegnen, ideologische Indoktrinierung vorzubeugen und Radikalisierungsprozessen rechtzeitig und entschlossen entgegenzutreten.

In diesem Zusammenhang wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Maßnahmen im Bereich der Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention durchgeführt. Beispiele dafür sind der flächendeckende Ausbau an „Wegweiser“-Beratungsstellen in NRW, eine Vielzahl an Projekten zu Demokratiebildung, Empowerment und Wertevermittlung sowie die Einrichtung eines themenbezogenen Internetportals der Landesregierung.

Die vielfältigen Präventionsinitiativen wurden auf verschiedene Zielgruppen hin zugeschnitten, darunter Schülerinnen und Schüler, Jugendliche, Eltern und Lehrkräfte, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und Fachkräfte aus der Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit.

Zudem wurden im Zuge der Arbeit der IMAG verschiedene Unterarbeitsgruppen gegründet, die das Ziel hatten und haben, bestimmte Fragestellungen und Ansätze zu bearbeiten sowie praxisorientierte Strategien und Maßnahmen zu realisieren. So wurde beispielsweise die Unterarbeitsgruppe (UAG) „Vernetzung“ eingerichtet, die durch die Etablierung von zentralen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern in den beteiligten Ministerien die Expertise über einschlägige Themen bündelt und die ressortübergreifende Kommunikation und Zusammenarbeit verbessert.

Ferner wurde im Mai 2022 ein interdisziplinär besetzter Wissenschaftlicher Beirat gegründet, der die Arbeit der IMAG flankieren und in strategischen Fragestellungen beraten soll. Er besteht aus renommierten Expertinnen und Experten verschiedener Fachrichtungen und wird in Kapitel 3 vorgestellt. Der Beirat soll die IMAG unter anderem bei der Weiterentwicklung der bestehenden Präventionsinfrastruktur beraten. So wurde der Wissenschaftliche Beirat beispielsweise in Überlegungen zu einer Umbenennung der IMAG einbezogen. Da unter Berücksichtigung der Entwicklungen im Phänomenbereich die Bezeichnung IMAG „Salafismusprävention“ nicht mehr zutreffend erscheint, wurde durch die Mitglieder der IMAG „Salafismusprävention“ eine Namensänderung in IMAG „Islamismusprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ (kurz: IMAG „Islamismusprävention“) vorgeschlagen und mit dem Wissenschaftlichen Beirat beraten.

2. Bilanzen der IMAG Ressorts

Die nachfolgend dargestellten Maßnahmen werden aus bereiten Mitteln der betroffenen Ressorts finanziert.

2.1. Bilanz der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit des Verfassungsschutzes im Ministerium des Innern (IM)

Seit dem zweiten Bericht der IMAG „Salafismusprävention“ mit Stand Dezember 2018 sind diverse Projekte auf allen Ebenen der präventiven Arbeit auf den Weg gebracht worden. Zugleich wurden bereits bestehende Programme stetig weiterentwickelt und optimiert. So konnten gerade in der Zeit der Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie neue Wege gefunden werden, Online-Plattformen im Rahmen der täglichen Präventionsarbeit zu nutzen, um weiterhin zukunftsicher und verlässlich als Ansprechpartner aufzutreten.

„Wegweiser – Gemeinsam gegen Islamismus“

Das Präventionsprogramm „Wegweiser – Gemeinsam gegen Islamismus“ dient der Beratung insbesondere heranwachsender Personen, die mit einer islamistischen Ideologie in Berührung gekommen sind. Darüber hinaus bietet „Wegweiser“ für das soziale Umfeld der betroffenen Personen Beratung an. Das Angebot richtet sich auch an Schulen, Behörden oder andere Institutionen, beispielsweise in Form von

Sensibilisierungsmaßnahmen und Workshops. „Wegweiser“ wird durch zivile und kommunale Träger flächendeckend an 25 Standorten in ganz Nordrhein-Westfalen umgesetzt und vor Ort durch Beratungskräfte unter anderem aus der Pädagogik, der Sozialen Arbeit sowie den Islam- und Sozialwissenschaften vertreten. Immer wieder finden anlassbezogenen Impulsvorträge zu aktuellen Problemlagen von Referentinnen und Referenten des NRW-Verfassungsschutzes für die Beratungsstellen statt. Auch durch diese Angebote werden die Beratungskräfte als Expertinnen und Experten für nationale, internationale und globale Ereignisse wahrgenommen und angesprochen. Beispiele für aktuelle Ereignisse waren die mögliche Ungleichbehandlung von Geflüchteten sowie Formen und Verbreitung von Antisemitismus im Islamismus.

Seit dem Start von „Wegweiser“ im Jahr 2014 wurden bis zum 31.03.2023 bereits 7.082 Sensibilisierungsmaßnahmen durchgeführt, 34.496 Anfragen beantwortet und 1.347 Betroffene beraten. Zur weiteren Optimierung des Angebots wurde außerdem im Jahr 2022 ein externer Evaluationsprozess abgeschlossen, der das Wegweiser-Programm hinsichtlich der Qualität seiner Konzeption, seiner Struktur und seiner Prozesse analysiert und positiv bewertet hat. Mit „Wegweiser Online“ wird das Programm zudem eine digitale Komponente erhalten. Auf der zugehörigen Website werden Ratsuchende die Möglichkeit bekommen, sich orts- und zeitungebunden über das Präventionsangebot von „Wegweiser“ zu informieren und per Chat mit einer Beratungskraft Kontakt aufzunehmen. Damit soll der besonderen Relevanz digitaler Räume für Heranwachsende Rechnung getragen werden. Die im Aufbau befindliche Wegweiser-Website wird neben einem Zugang zu professioneller Beratung Informationen zu den Themen Prävention, Islamismus und Radikalisierung anbieten. Zusätzlich vermitteln die von „Wegweiser“ angebotenen Workshops zum Thema Medienkompetenz vor allem Schülerinnen und Schüler, aber auch interessierten Erwachsenen die Fähigkeit, „Hate Speech“, „Fake News“ und Verschwörungsmythen, mit denen sie online konfrontiert werden, zu identifizieren. Darüber hinaus erweiterte „Wegweiser“ im Oktober 2021 im Rahmen eines zweijährigen Pilotprojektes das Spektrum des Präventionsprogramms an sechs ausgewählten Standorten um das Thema „Graue Wölfe“ aus dem Phänomenbereich des auslandsbezogenen Extremismus.

Aussteigerprogramm Islamismus (API)

Das Aussteigerprogramm Islamismus (API) besteht seit 2014 und unterstützt Personen, die sich sicher und dauerhaft aus der islamistischen Szene herauslösen wollen. Begleitet werden auch Menschen, welche sich bereits weit radikalisiert haben, unter Umständen bis hin zur Betätigung im gewaltbereiten terroristischen Bereich. Das API hat sich hierbei bereits mit knapp 250 Personen befasst, darunter auch mit Rückkehrerinnen und Rückkehrern aus jihadistischen Kriegsgebieten. Derzeit sind etwa 84 Prozent der vom API begleiteten Personen durch die Polizei als „relevante Person“ oder als „Gefährderinnen und Gefährder“ eingestuft. Mit heutigem Stand verzeichnet das API in 42 Fällen bei der Begleitung einen positiven Fallabschluss.

Das API ist darüber hinaus Bestandteil der seit dem Jahr 2009 bestehenden bundesweiten Arbeitsgruppe „Deradikalisierung“ im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) in Berlin. Dort setzt das API Impulse für die Entwicklung neuer Standards in der tertiären Prävention. Auf europäischer Ebene nimmt das Programm zudem am „International Forum for Expert Exchange on Countering Islamist Extremism“ (InFox) sowie seit dem Jahr 2019 am „Radicalisation Awareness Network“ (RAN) teil und bringt sich in wissenschaftlichen Papieren ein. Beispielsweise brachte das API im Jahr 2021 die Thematik um den „Umgang mit Frauen in der Tertiärprävention von islamistischem Extremismus“ in die Diskussion ein.

Das nordrhein-westfälische Innenministerium führte im Jahr 2022 mit einem Team von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Hochschule Esslingen eine Evaluation des API durch, um den Erfolg des Programms unabhängig beurteilen zu lassen. Für die Bewertung wurden die persönlichen Erfahrungen von Klientinnen und Klienten und von Ausstiegsbegleiterinnen und Ausstiegsbegleitern zu deren Arbeit im API herangezogen. Aus dem positiven Ergebnis der Evaluation lassen sich umfangreiche Handlungsempfehlungen ableiten, um die Qualität weiter zu steigern. Das API wird sich in diesem und im kommenden Jahr intensiv mit der Umsetzung der Empfehlungen auseinandersetzen, um die Deradikalisierungsarbeit zu professionalisieren.

Video- und Social-Media-Kampagne „Jihadi fool“

Mit der Kampagne wendet sich der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz an ein breites Publikum mit einem Schwerpunkt bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen

und lädt zur Auseinandersetzung mit islamistischer Internetpropaganda und Extremismus ein. Mit Humor und Satire soll Aufmerksamkeit erzielt und mit Hintergrundvideos sensibilisiert werden. Die Videos erklären, woran man Extremismus erkennt, was genau am extremistischen Salafismus beziehungsweise Islamismus problematisch und warum die Demokratie schützenswert ist.

Aktuell arbeitet der Verfassungsschutz daran, dass sich insbesondere die Hintergrundformate für die pädagogische Arbeit beispielsweise an Schulen optimal nutzen lassen.

„Herausforderung extremistischer Salafismus - Angebote für Schule und Jugendarbeit“

Das Projekt „Herausforderung extremistischer Salafismus - Angebote für Schule und Jugendarbeit“ besteht seit dem Jahr 2017, ist derzeit jedoch in Folge der Corona-Pandemie noch ausgesetzt. Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte aus Nordrhein-Westfalen können verschiedene Module (z.B. Theaterstücke und Workshops) buchen, mit denen das Thema extremistischer Salafismus im Unterricht, in Arbeitsgemeinschaften oder in Projektwochen behandelt werden kann. Mit den für die Schulen und Jugendeinrichtungen kostenlosen Modulen konnten bis zum Jahr 2020 insgesamt 15.000 Schülerinnen und Schüler bei rund 250 Veranstaltungen erreicht werden. Eine Wiederaufnahme ist in Vorbereitung.

„Rückkehrkoordination“ (RKK)

Im Oktober 2019 nahm in Nordrhein-Westfalen der „Rückkehrkoordinierende“ (RKK) seine Tätigkeit auf. Er dient als Bindeglied zwischen Sicherheitsbehörden, Regelstrukturen der Länder und Kommunen, zum Bund und zu zivilgesellschaftlichen Akteuren, um den Umgang mit Rückkehrern aus IS-Gebieten zentral zu koordinieren. Der RKK ist im Bereich des Verfassungsschutzes im Ministerium des Innern angesiedelt. Die Finanzierung erfolgt durch die "Beratungsstelle Radikalisierung" des Bundesamts für Migration (BAMF) mit Mitteln des Bundesministeriums des Innern und für Heimat aus dem "Nationalen Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus" (NPP). Ziel des ganzheitlichen und multidisziplinären Ansatzes ist es, über eine Deradikalisierung die Reintegration der Rückkehrenden in die Gesellschaft zu erreichen.

Fachstelle Islamismusprävention

Als Schnittstelle zur Wissenschaft ist die Fachstelle Islamismusprävention im Austausch mit Expertinnen und Experten und bringt sich fachlich in Forschungsnetzwerken ein. Diese hat einen Überblick über die aktuelle Forschung im Themenfeld des Islamismus und bearbeitet und koordiniert wissenschaftliche Anfragen. Die Fachstelle wirkt zudem durch verschiedene Maßnahmen an der Umsetzung der Programme „Wegweiser“ und API mit. Für „Wegweiser“ wurden Qualifizierungsmodule konzipiert, die gezielt auf die Bedarfe der Beratungskräfte zugeschnitten sind und stetig weiterentwickelt werden. Die Fachstelle geht außerdem auf aktuelle politische Ereignisse ein. Diese bietet Lerneinheiten und Vorträge an, zum Beispiel zum Thema Antisemitismus oder zu der Ungleichbehandlung von Geflüchteten.

„Prisma“

Für Gespräche in Schulen und mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren stehen Personen des Projekts „Prisma“ bereit, die selbst erfolgreich aus einer extremistischen Szene ausgestiegen sind. Derzeit sind im Prisma-Team Ausgestiegene aus dem Islamismus, dem Rechtsextremismus und dem Bereich der Grauen Wölfe beteiligt. Durch die Erzählungen der Aussteigerinnen und Aussteiger haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Gelegenheit, die Einstiegsmotive, den Lebensweg und die persönlichen Erfahrungen in der jeweiligen Szene kennenzulernen. Im Jahr 2022 fanden insgesamt 40 Veranstaltungen statt. Für das Jahr 2023 sind nach derzeitigem Stand 38 Veranstaltungen geplant (Stand Mai 2023).

Projekt „Kommunen gegen Extremismus“

Um Kommunen, Städte und Kreise bei Fragen und Unsicherheiten zu jeglicher Art von Extremismus zu unterstützen, wurde im Jahr 2014 das Präventionsprojekt „Kommunen gegen Extremismus“ als Pilot im Kreis Mettmann ins Leben gerufen. Das Projekt zielt darauf ab, sämtlichen Formen von Extremismus bereits frühzeitig entgegenzuwirken. Hierbei arbeiten der polizeiliche Staatsschutz, der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz sowie die Kommunen, Städte und Kreise eng zusammen. Gleichzeitig werden den Kommunalverwaltungen Infoveranstaltungen zu allen Extremismusbereichen angeboten. Bisher sind sieben Landkreise und zwei kreisfreie Städte an diesem Projekt beteiligt. Eine Ausweitung auf weitere Kommunen ist beabsichtigt.

Zusammenarbeit auf Bundes- und europäischer Ebene

Die Deradikalisierungs- und Präventionsmaßnahmen des Innenressorts sind mit dem Ziel einer stetigen Optimierung und Aktualisierung auf einen Austausch mit der Wissenschaft und anderen Behörden auf Landes- und Bundesebene ausgerichtet. Auch auf europäischer Ebene gab es Gespräche. So fand im Oktober 2021 ein Treffen zwischen NRW-Innenminister Herbert Reul und dem flämischen Minister für Lokale Verwaltung, Verwaltungsangelegenheiten, Zivilintegration und Chancengleichheit Bart Somers unter anderem zu den Themenkomplexen Islamismus und präventiven Arbeitsformaten statt. Diese Inhalte wurden ebenfalls bei einer dritten gemeinsamen Kabinettsitzung zwischen Nordrhein-Westfalen und Flandern im Frühjahr 2022 besprochen. In dem daraus resultierenden gemeinsamen Kabinettschluss vom 29. März 2022 streben beide Regierungen einen weiteren Austausch über Maßnahmen zur Verhinderung aller Formen des gewalttätigen Extremismus – sowohl offline als auch online – an. Ein Fokus liegt auf Lehren aus den Ansätzen von „Wegweiser“ in Nordrhein-Westfalen. Außerdem wird ein besonderes Augenmerk auf die Zusammenarbeit zwischen den lokalen integralen Sicherheitspartnerinnen und Sicherheitspartnern zur Bekämpfung von Radikalismus, Extremismus und Terrorismus in Flandern gerichtet.

Im Nachgang zur gemeinsamen Kabinettsitzung wurde zur Umsetzung des Vorhabens „Prävention von gewalttätigem Extremismus“ eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Agency for Home Affairs der flämischen Regierung und des NRW-Verfassungsschutzes gebildet.

Die Arbeitsgruppe hat im Rahmen virtueller Treffen, zuletzt im September 2022 und im März 2023, Themenfelder für einen Austausch identifiziert und einen Rahmen für die weitere Zusammenarbeit erarbeitet. So soll ein persönlicher Besuch in Brüssel, voraussichtlich im Oktober 2023, stattfinden, an den sich ein weiterer virtueller Austausch anschließen soll. Hierbei soll der Fokus insbesondere auf den lokalen integralen Sicherheitspartnerinnen und Sicherheitspartnern zur Bekämpfung von Radikalismus, Extremismus und Terrorismus in Flandern liegen.

2.2. Bilanz der Abteilung Integration im Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration (MKJFGFI)

Im Berichtszeitraum wurden bewährte Ansätze der Primärprävention, wie Empowerment, Identitätsbildung, Demokratie-Bildung und Wertevermittlung weitergeführt und ausgebaut. Dabei lag ein Fokus auf der Erreichung relevanter Zielgruppen. Neben Kindern und Jugendlichen werden in den Präventionsprojekten aktuell auch Eltern, Lehrkräfte, Angestellte sozialer Einrichtungen und andere Berufsgruppen in den Blick genommen. Vielfach werden diese Personengruppen auch in die Entwicklung der Präventionsansätze einbezogen, um bedarfsgerechte und auf die Fragestellungen und Herausforderungen der Zielgruppe angepasste Formate anbieten zu können. Besonders deutlich wird dies dort, wo Menschen innerhalb ihrer eigenen „Peer-Groups“ aktiv sind, qualifiziert werden und als „Champs“ oder „Keepers“ Präventionsarbeit durch ihr eigenes Vorbild und auf Augenhöhe mit anderen leisten.

Um bei der Prävention in die Fläche zu gehen und Nachhaltigkeit zu fördern, hat sich neben Multiplikatorinnen- und Multiplikatoren-Fortbildungen bzw. -coachings auch der Aufbau von Netzwerken als zielführend erwiesen. Einen wichtigen Stellenwert in der Präventionsarbeit nahm – und nimmt auch perspektivisch – die Bereitstellung von Online-Angeboten ein. Dies betrifft Schulungsangebote und Materialien ebenso wie Dialogformate oder Plattformen, die in den einzelnen Ansätzen in unterschiedlicher Weise zum Einsatz kommen oder nachgefragt werden.

In der Präventionsarbeit spielt auch die Auseinandersetzung mit dem Einfluss des Internets und der Sozialen Medien, insbesondere auf junge Menschen, eine immer stärkere Rolle. Die Aufklärung und Sensibilisierung der Zielgruppen für Online-Propaganda und -radikalisierung ist deshalb bedeutsam. Ebenso wichtig ist die aktive Nutzung der Möglichkeiten, die das Internet bietet, unter anderem zum Setzen von Gegenakzenten, zur Verbreitung von alternativen Narrativen und zur Bildung von (Verbündeten-) Netzwerken. Diese Aspekte werden insbesondere in der Primärprävention perspektivisch weiterzuentwickeln sein.

Projekt „180 GradWende Keepers A(ction)“

Bei dem seit 2020 geförderten Projekt „180 GradWende Keepers A(ction)“ des Projektträgers JubiGo e.V. werden nach dem Peer-to-Peer-Prinzip sogenannte „Keepers“ qua-

lifiziert, die innerhalb ihrer eigenen, vorwiegend muslimischen Communities als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aktiv werden. Das Projekt erhält – ebenso wie das Vorgängerprojekt „180GradWende Keepers Q(alifizierung)“ der Jahre 2017-2019 – neben der Landesförderung auch eine Zuwendung im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben!“.

Im Mittelpunkt des Ansatzes stehen die Prävention von Extremismus – darunter vor allem Islamismus und Antisemitismus – sowie Demokratie-Bildung und Wertevermittlung. Der Verein qualifiziert in dem Projekt vorwiegend junge Menschen aus Moscheegemeinden und muslimisch geprägten Vereinen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Sozialen Trägern. Sie sollen in die Lage versetzt werden, in ihrem jeweiligen sozialen Umfeld aktiv primärpräventive Arbeit zu leisten. Dazu zählt zum Beispiel die Durchführung von Workshops zu den oben genannten Themenfeldern. Auch die Gründung von Initiativen sowie die Durchführung eigener Projekte sind möglich. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt ist das Coaching von Lehrkräften. Seit 2020 wurden 409 Lehrkräfte aus ganz Nordrhein-Westfalen fortgebildet. Eine wichtige Unterstützung erhalten die „Keepers“ durch die projekteigene Kompetenzstelle. Diese berät die „Keepers“, unterstützt sie bei der Konzeption und Durchführung von Bildungsformaten und stellt Kontakte her.

In den zurückliegenden Förderphasen konnten die im Projekt geschaffenen Strukturen im Sinne von Empowerment und Nachhaltigkeit stetig ausgebaut und noch stärker an die Bedarfe der Zielgruppe angepasst werden. Dazu gehört auch, dass in dem Projekt verstärkt Mädchen und junge Frauen in den Blick genommen werden. Sie werden als Coacherinnen oder Empowerment-Trainerinnen ausgebildet und Beratungs-, Bildungs- und Freizeitangebote sind auf sie zugeschnitten.

Heute ist das vorwiegend aus Ehrenamtlichen bestehende „Keepers“-Netzwerk über ganz Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus aktiv und hat sich auch in Kommunen im ländlichen Raum etabliert. Die insgesamt 73 ausgebildeten „Keepers“, von denen 21 als Empowerment-Trainerinnen und -Trainer und 23 als Mentorinnen und Mentoren ausgebildet sind, erreichen neben Moscheegemeinden und Vereinen vor allem Schulen, Jugendzentren und pädagogische Einrichtungen.

Projekt „Champs – für Demokratie und Gleichberechtigung – gegen extremistische Ideologien“

Das seit 2020 geförderte Präventionsprojekt „Champs“ des Kölner Vereins HennMond e.V. richtet sich ebenso wie das seit 2018 geförderte Vorgängerprojekt an Jugendliche und junge Erwachsene mit und ohne Einwanderungsgeschichte. Sie werden im Rahmen von wöchentlichen Trainings zu sogenannten „Champs“ zertifiziert, um im Anschluss daran selbst Workshops unter anderem in Jugendzentren, Schulen und Justizvollzugsanstalten durchführen zu können. Zu den Ausbildungsinhalten des einjährigen Trainings gehören die Themenfelder Wertevermittlung, Gleichberechtigung, Weltreligionen und Extremismusprävention.

Das Besondere an dem Präventionsansatz „Champs“ ist, dass Jugendliche nach dem Peer-to-Peer-Prinzip ihr Wissen und ihre Erfahrungen an Gleichaltrige oder Jüngere weitergeben. Sie agieren im Projekt als Positivbeispiele bzw. „Role Models“, sprechen andere Jugendliche niedrigschwellig an und vermitteln ihnen Inhalte und Haltungen authentisch und auf Augenhöhe. Auf diese Weise konnten seit dem Beginn der Förderung im Jahre 2018 insgesamt 36 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu „Champs“ ausgebildet werden; 7.000 Jugendliche und junge Erwachsene wurden durch die Workshops erreicht. Im Laufe des Förderzeitraums hat sich innerhalb des Projekts, das anfänglich vor allem männliche Jugendliche adressierte, die empowernde Mädchen- und Frauenarbeit als ein neuer Schwerpunkt herausgebildet. Der Verein „HennaMond“ kooperiert im Projekt mit Schulen aus Köln, Bonn und im weiteren Umkreis sowie mit dem Beratungszentrum „dieKümmerei“ in Köln Chorweiler. Das Projekt wird wissenschaftlich von der Universität Vechta begleitet. Für die bis Ende 2025 reichende Projektlaufzeit ist unter anderem die Gründung eines Projekt-Beirats geplant, der aus zertifizierten „Champs“ besteht. Aufgabe des Beirats soll neben der fachlich-strategischen Begleitung des Projekts auch der Austausch mit Politik, Polizei oder Schulsozialarbeit sein.

„ContraXclusion – Mit Digitalisierung gegen Radikalisierung“

Bei „ContraXclusion – Mit Digitalisierung gegen Radikalisierung“ handelte es sich um ein Social-Media-basiertes Präventionsprojekt in Trägerschaft der Malikitischen Gemeinde e.V. Es wurde aus der Erkenntnis heraus entwickelt, dass Radikalisierungsprozesse in vielen Fällen durch das Internet und die Sozialen Medien begünstigt und teils auch gezielt vorangetrieben werden. Vor diesem Hintergrund hatte das von 2020

bis 2022 durchgeführte Projekt zum Ziel, Gegennarrative zu islamistischer Online-Propaganda zu schaffen, für „Fake News“ zu sensibilisieren und die Urteilskraft junger Menschen zu stärken. Auf projekteigenen Social-Media-Kanälen wurde jungen Menschen eine Plattform zur Information und zum gegenseitigen Austausch geboten. Eine zentrale Rolle im Projekt spielten Imame und Online-Multiplikatorinnen und -Multiplikatoren, die im Projekt für Social-Media-Aktivitäten im Themenfeld Prävention und Deradikalisierung geschult wurden. Sie lernten in Workshops, zu extremistischen Social-Media-Inhalten alternative Narrative zu entwickeln und die projekteigenen Social-Media-Kanäle zu gestalten. Es wurden auch Jugendliche als Gestaltende und Nutzende der Online-Angebote einbezogen. Die Themen, die Jugendliche gemeinsam mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Influencerinnen und Influencern bearbeiteten, reichten von Geschlechterrollen und Rassismus bis hin zu „Hate Speech“ und digitaler Gewalt. Der projekteigene Instagram-Account hatte zeitweise über 1.300 Follower.

„DeGeWa - Demokratisch, Gemeinsam, Wachsen. Eltern als Partner*innen der Demokratieförderung“

Das seit Mai 2023 geförderte Projekt „DeGeWA online“ des Vereins für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe-Migrationsarbeit (IFAK e.V.) hat zum Ziel, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Elternarbeit im Bereich der Primärprävention und Demokratieförderung zu qualifizieren. Es handelt sich um das Nachfolgeprojekt des von 2019 bis 2022 geförderten Projekts „DeGeWa“. Im Zentrum dieses Projekts stand die Entwicklung eines Multiplikatorinnen- und Multiplikatoren-pools, der durch die Absolvierung von modularen Fortbildungen, die bereits existierender Konzepte der Elternarbeit bzw. Elternbildung ergänzen. Zu der Zielgruppe des Projekts gehörten z.B. Kursleiterinnen und Kursleiter sowie Beraterinnen und Berater der Eltern- und Familienbildung, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Beraterinnen und Berater, Psychologinnen und Psychologen, Therapeutinnen und Therapeuten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Jugend- und Schulämtern. Im Rahmen des Projekts wurden ausgewählte repräsentative Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in „Train The Trainer“-Fortbildungen geschult. Sie trugen zur Weiterentwicklung der Fortbildung für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und entsprechender Elternformate bei. Begleitet wurde das Projekt durch eine Steuerungsgruppe aus interdisziplinären Expertinnen und Experten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

der an der IMAG Salafismusprävention beteiligten Ressorts. Die Zahl der Anmeldungen und Zertifizierungen verdeutlichte, wie hoch die Nachfrage und das Interesse an der Maßnahme ist: Für die Kurse in 2021 – 2022 meldeten sich insgesamt 113 Personen an (wovon 59 an der Maßnahme teilnehmen konnten) und 36 erhielten bisher ihr Zertifikat. Im Laufe des Projekts stellte sich auch heraus, dass das Interesse an digitalen Bildungsmaterialien und asynchronen e-Learning-Einheiten sowie Online-Workshops sehr groß ist. Der vor allem während der Corona-Pandemie deutlich gewordene Bedarf von Eltern an digitalen Bildungsmaterialien und -formaten führte dazu, dass der Träger in dem aktuell geförderten Projekt „Degewa online“ den Fokus auf E-Learning-Schulungen und den Ausbau der Online-Plattform legt. Ferner wurde mit dem Themenfeld Demokratiebildung im Kontext von „Hate Speech“, „Fake-News“ und Verschwörungsideologien ein neuer thematischer Schwerpunkt gesetzt.

„Zusammenhalt Jetzt!“

Das Projekt „Zusammenhalt Jetzt!“ in Trägerschaft des Vereins „Aktion Gemeinwesen und Beratung“ e.V. wurde von 2017 bis 2019 gefördert und diente der politischen Bildung und Vernetzung junger Menschen unterschiedlicher Herkunft zwischen 17 und 25 Jahren. Das Projekt wurde als Begleitprojekt zu der seit 2016 in Nordrhein-Westfalen stattfindenden „Junge Islam Konferenz NRW“ (JIK NRW) konzipiert. Die der JIK NRW zugrundeliegende Idee, ein Dialogforum und Multiplikatorinnen- und Multiplikatoren-Netzwerk für junge Menschen unterschiedlicher Herkunft zu schaffen, wurde von „Zusammenhalt Jetzt!“ aufgegriffen und in die Fläche Nordrhein-Westfalens gebracht. Dies wurde unter anderem dadurch erreicht, dass in jedem der fünf Regierungsbezirke eine Projektgruppe, bestehend aus Netzwerkmitgliedern der JIK NRW, gegründet wurde. Die Projektgruppen planten und führten selbständig Veranstaltungen durch, warben neue Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der JIK NRW und bauten nach und nach das JIK-Netzwerk in städtischen und ländlichen Regionen aus. Aufbauend auf dem JIK-Netzwerk wurde das – ebenfalls vom MKJFGFI geförderte – Nachfolgeprojekt „Die Sichtweisen – Gesellschaft für bunte Ansichten“ entwickelt. Das Netzwerk der „Sichtweisen“ umfasst heute mehr als 200 junge Menschen in ganz Nordrhein-Westfalen.

SABRA (Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit und Beratung bei Rassismus und Antisemitismus) – Virtueller Methodenkoffer Antisemitismus

Im Rahmen des Förderprogramms „Integrationsagenturen für die Belange von Menschen mit Migrationshintergrund“ werden aktuell insgesamt 42 spezielle Beratungsstellen für Antidiskriminierungsarbeit, die regional und überregional Antidiskriminierungsarbeit umsetzen und insbesondere auch Beratung und Begleitung für betroffene Menschen anbieten, gefördert. Als eine Servicestelle mit dem besonderen Schwerpunkt Antisemitismus wurde SABRA im Jahr 2017 in Trägerschaft der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf K.d.ö.R. gegründet. Seit Februar 2021 ist „MALMAD“ online. Ziel des Projektes war die Erstellung eines virtuellen Methodenkoffers für die Antisemitismusprävention an Schulen. Auf einer Webseite wird der Methodenkoffer mit Unterrichtsmaterialien für Lehr- und Fachkräfte an Schulen zur Verfügung gestellt, um entsprechende Projektwochen zur Präventionsarbeit gestalten zu können. Die Lehr- und Fachkräfte sollen neue Impulse für ihren Unterricht bekommen und für den Umgang mit Antisemitismus verstärkt sensibilisiert werden. Das Projekt wurde – in Abstimmung mit dem Ministerium für Schule und Bildung (MSB) – durch SABRA in Trägerschaft der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf K.d.ö.R. umgesetzt.

Zu SABRA und dem Methodenkoffer siehe die weiteren Ausführungen unter der Nr. 2.7 (Bilanz des MSB).

Video-Projekt der Westfälischen Hochschule (WHS) „Lebensentwürfe muslimischer Frauen und Mädchen“

Das Video-Projekt mit dem Titel „Lebensentwürfe muslimischer Frauen und Mädchen“ wurde von Studentinnen und Studenten der Westfälischen Hochschule (WHS) in den Jahren 2017 und 2018 realisiert. In den Videos wurden muslimisch geprägte Frauen portraitiert, die über ihre Lebensentwürfe, ihre Erfahrungen mit Vorurteilen und Diskriminierung und ihre Zukunftspläne berichteten. Die Videos hatten einerseits das Ziel, muslimische Frauen zu empowern, andererseits sollte die Vielfalt muslimischen (Frauen-)Lebens in Deutschland dargestellt werden. Damit setzte das Projekt einen Gegenakzent zu den Zerrbildern von muslimischen Frauen, die in den Medien vorherrschen. Die Videos wurden unter #bestimmdichselbst veröffentlicht und auch über die Webseiten des Integrations- sowie des Gleichstellungsressorts verbreitet.

2.3. Bilanz der Abteilung Kinder und Jugend im Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration (MKJFGFI)

Insgesamt haben in der Kinder- und Jugendarbeit präventive Angebote zu den vielfältigen Risiken des Aufwachsens eine große Bedeutung. Junge Menschen vor politischer und religiöser Radikalisierung zu schützen, gehört zu den wichtigen Aufgaben der öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe.

Junge Menschen sollen Vielfalt als eine positiv zu bewertende gesellschaftliche Normalität wahrnehmen. Sie sollen dafür sensibilisiert werden, dass radikale Ansichten und Einstellungen zu religiösen sowie politischen Fragen den Werten einer offenen und demokratisch verfassten Gesellschaft widersprechen.

Im Zentrum stehen dabei Angebote zur Persönlichkeitsentwicklung und Demokratiebildung junger Menschen. Dabei richten sich die Angebote der Träger der Kinder- und Jugendhilfe auch gegen eine Radikalisierung von Kindern und Jugendlichen durch Eltern und andere Bezugspersonen. So ist es zum Beispiel auch Aufgabe der öffentlichen Jugendhilfe, dem Handeln der Eltern dort entgegenzuwirken, wo dieses Handeln das Kindeswohl konkret gefährdet.

Die Landesregierung beabsichtigt mit dem neuen Kinder- und Jugendförderplan (2023-2027), den Rahmen für Präventionsangebote noch einmal zu verstärken. Im Kinder- und Jugendförderplan werden für das Jahr 2023 Mittel in Höhe von 1,8 Millionen Euro für Projekte im Bereich „Demokratische, politische und Wertebildung/Gedenkstättenfahrten“ und 3,2 Millionen für „Präventive Angebote der Kinder- und Jugendhilfe“ zur Verfügung gestellt.

Für die Zielgruppe der jungen geflüchteten Menschen werden jährlich 12,6 Millionen Euro zusätzlich zum Kinder- und Jugendförderplan für Maßnahmen und Projekte im Bereich der Jugend- und Jugendsozialarbeit (kommunale und freie Träger) bereitgestellt („Titelgruppe 68“). Diese Angebote sollen die jungen geflüchteten Menschen an die Regelangebote heranzuführen und sie in ihrem Ankommen und ihrer Integration in Nordrhein-Westfalen unterstützen. Schwerpunkte bilden unter anderem die Themen Empowerment, Partizipation, Rassismuskritik, Wertedialog, Demokratieförderung und Vielfalt. Darüber hinaus werden Maßnahmen von Fachstellen der Jugendarbeit gefördert, die die Qualifizierung der Fachkräfte, die mit

jungen geflüchteten Menschen arbeiten, mit den jeweils spezifischen Fachexpertisen beinhalten.

„Irgendwie hier - Flucht, Migration, Männlichkeiten“

Das Projekt „Irgendwie hier – Flucht, Migration, Männlichkeiten“ der LAG Jungenarbeit NRW wird seit 2016 aus Landesmitteln gefördert. Es ist ein Beratungs-, Fortbildungs- und Qualifizierungsangebot für Träger, Institutionen und Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit, die mit jungen männlichen Geflüchteten arbeiten. Diese reichen von eintägigen Fortbildungen und Workshops, über Fachforen und Werkstattgesprächen bis hin zu achttägigen Qualifizierungsreihen für Träger der Kinder- und Jugendarbeit. Zunehmend werden diese Angebote auch digital durchgeführt. Dabei wurden die Angebote laufend evaluiert und den Bedarfen der Träger, Institutionen und Fachkräfte angepasst.

Durch die Angebote ist es gelungen, Maßnahmen der Qualifizierung und Fortbildung von Fachkräften sowie eine strukturelle und konzeptionelle Verankerung von Jungenarbeit in Arbeits- und Handlungsfeldern zu etablieren, die zuvor deutlich weniger über Angebote der Fachstelle Jungenarbeit NRW erreicht wurden (zum Beispiel migrantische Selbstorganisationen, Flüchtlingshilfe).

Auch konnten Träger dabei unterstützt werden, Jungenarbeit als Querschnittsaufgabe in allen Angeboten zu verankern.

Weiterhin gilt es, das Angebot des Projektes noch stärker als bisher in Richtung intersektionale Perspektiven auf Jungen* und Jungenarbeit auszudifferenzieren, um den komplexen Lebensrealitäten von Jungen* und jungen Männern* (mit Flucht-, Kriegs- und Migrationserfahrungen) und den damit verbundenen pädagogischen Bedarfen gerecht zu werden. Dies wurde auch durch die Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner vielfach angefragt.

„projekt.kollektiv - Rassismuskritische Perspektiven für die Jugend(bildungs-)arbeit im Kontext Flucht, Migration und Postmigration“

Das Projekt „projekt.kollektiv – Rassismuskritische Perspektiven für die Jugend(bildungs-)arbeit im Kontext Flucht, Migration und Postmigration“ des Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit in Nordrhein-Westfalen (IDA e.V.) wird seit 2017 aus Landesmitteln gefördert. Das Projekt richtet

sich an Träger, Institutionen und Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit, die mit jungen geflüchteten Menschen arbeiten. Dazu wurden zahlreiche Angebote (auch digital) zum Beispiel an die Jugendverbandsarbeit, die Jugendsozialarbeit, die Offene Jugendarbeit und die Jugendbildungsarbeit gerichtet. Dazu zählten zum Beispiel Workshops, Vorträge, Fachtagungen und Vernetzungs- und Austauschräume sowie Beratungen und Prozessbegleitungen. Sie haben zum Ziel, die Bedarfe und Perspektiven junger geflüchteter Menschen und junger People of Color wahrzunehmen und aktiv in ihre Arbeit und Angebote einzubeziehen.

Das Projekt hat bereits zahlreiche Impulse gesetzt, um rassismuskritische Perspektiven und Empowerment-orientierte, intersektionale Ansätze im Themenbereich Flucht und (Post-)Migration weiterzuentwickeln und in den Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu verankern und zu stärken.

„HeRoes – gegen Unterdrückung im Namen der Ehre“

Das Projekt „HeRoes – gegen Unterdrückung im Namen der Ehre“ wird seit 2018 aus Landesmitteln gefördert und ist ein Projekt, das Präventionsarbeit in Bezug auf Ungleichheitsvorstellungen, patriarchale (Familien-)Strukturen, Sexismus, Rassismus, Diskriminierung aufgrund sexueller Identitäten sowie Antisemitismus leistet. Die Zielgruppe hierbei sind Männliche*¹ Jugendliche und junge Heranwachsende* ab einem Alter von 16 Jahren, wobei der Schwerpunkt auf Jungen* aus sogenannten ehrenkulturellen Milieus liegt.

In einer einjährigen Ausbildung erhalten die Jungen* die Möglichkeit, sich kritisch mit Themen von unterdrückenden Familienstrukturen, Sexismus, Rassismus und Ungleichheitsvorstellungen der Mehrheitsgesellschaft kritisch auseinander zu setzen. Hierdurch werden sie sensibilisiert und befähigt, sich gegen Unterdrückungsmechanismen im Namen der Ehre stark zu machen und somit für ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen zu

¹ Die Schreibweise „Männliche* Jugendliche“, „junge Heranwachsende*“ und „Jungen*“ verfolgt seitens des Trägers eine doppelte Intention und bezieht sich hierbei auf das Projekt. Das Sternchen (*) dient hier der Kennzeichnung der Vielfalt und Unabgeschlossenheit geschlechtlicher Selbstbestimmungen. Geschlechtliche, sexuelle und national-kulturelle Vielfalt werden abgebildet. Darüber hinaus ist es Bestandteil der Projektbeschreibung und wird von dem Träger (Jungs e.V.) in diesem Kontext verwendet.

engagieren. Dies geschieht durch wöchentliche Gruppensitzungen, die von Expertinnen und Experten unterstützt werden und an deren Ende die Anerkennung und Zertifizierung der „HeRoes“ steht. Mit der Zertifizierung als „HeRoes“ werden die Jugendlichen befähigt, Workshops in Schulen und Jugendeinrichtungen abzuhalten.

2.4. Bilanz der Abteilung Gleichstellung im Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration (MKJFGFI)

Broschüre „Radikalisierung als Weg zur Emanzipation? Weshalb Frauen und Mädchen sich dem extremistischen Salafismus zuwenden und wie Prävention gelingen kann“

Die Broschüre „Radikalisierung als Weg zur Emanzipation? Weshalb Frauen und Mädchen sich dem extremistischen Salafismus zuwenden und wie Prävention gelingen kann“ wurde 2021 unter gemeinsamer Federführung des Gleichstellungsministeriums (seinerzeit Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung) sowie des Ministeriums des Innern in Nordrhein-Westfalen veröffentlicht. Eine Neuauflage ist im Jahr 2023 beabsichtigt.

Beiträge von Expertinnen und Experten informieren über Hintergründe, Zahlen und Fakten zum extremistischen Salafismus sowie Ansätze für die geschlechterspezifische Präventionsarbeit. Ein Fallbeispiel aus der Beratungsarbeit und das Thema Rückkehrerinnen und Rückkehrer veranschaulichen den Umgang mit Frauen und Mädchen in der Arbeit des Präventionsprogramms „Wegweiser – Gemeinsam gegen Islamismus“ und des Aussteigerprogramms Islamismus (API).

2.5. Bilanz der Abteilung Flucht im Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration (MKJFGFI)

Im Bereich Flucht stehen hinsichtlich der religiös motivierten Radikalisierung, Präventionsmaßnahmen und Beratungsangebote im Vordergrund.

„Grenzgänger: Aufwind im Bereich Flucht“

Seit 2022 kofinanziert das MKJFGFI zusammen mit dem BAMF das vom Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe (IFAK) e.V. durchgeführte Projekt „Grenzgänger: Aufwind im Bereich Flucht“. Im Rahmen dieses Projekts werden Fortbildungen in den Modulen Interkulturelle Kompetenz, Islam und Islamismus, Fallarbeit und Psychologische Prävention für alle Beschäftigten der Landesaufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete angeboten. Die Veranstaltungen finden an den jeweiligen Standorten der Unterkünfte statt.

Neben generellen Fortbildungsangeboten wird auch Hilfestellung in konkreten Situationen offeriert. Dabei richtet sich das Beratungsangebot neben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Aufnahmeeinrichtungen auch an Geflüchtete selbst und deren nahes Umfeld (zum Beispiel Angehörige). Letztere werden vor allem durch Sprechstunden-Angebote in den Unterkünften angesprochen. Diese können mehrsprachig erfolgen, unter anderem in der arabischen, kurdischen oder russischen Sprache. Ein Schwerpunkt der Beratung ist es dabei, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Bewohnerinnen und Bewohner der Einrichtungen über das Thema Radikalisierung zu informieren und sie im Alltag hierfür zu sensibilisieren.

Trotz der durchgängig hohen Auslastung in den Landesunterkünften und pandemiebedingten Einschränkungen konnten Beratungs- und Fortbildungstermine in den Einrichtungen stattfinden. Diese wurden positiv aufgenommen und konnten in den Einrichtungen teils dazu genutzt werden, standardisierte Prozesse für bestimmte Fallkonstellationen zu entwickeln, beispielsweise anhand der Erstellung von Checklisten.

Im Rahmen von Runden Tischen erfolgt ein Monitoring der bei IFAK e.V. tätigen Beraterinnen und Berater zusammen mit dem Kreis derer, die bereits vor Ort beraten worden sind. Hierbei werden Anregungen aus der Praxis aufgenommen, die sich im Fortbildungs- und Beratungsprogramm gegebenenfalls niederschlagen. Zwischen IFAK e. V., BAMF und MKJFGFI erfolgen Quartalsgespräche unter anderem über die Anpassung des Beratungsangebots an spezielle Bedarfe der Geflüchteten und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unterbringungseinrichtungen. Dabei kann auch auf aktuelle Umstände und landesspezifische Interessen reagiert werden.

Aufgrund der bisherigen positiven Erfahrungen mit dem Projekt wird derzeit eine Weiterführung der Kofinanzierung des Projektes im Jahr 2023 geprüft.

2.6. Bilanz des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft (MKW): Präventions- und Deradikalisierungsarbeit der Landeszentrale für politische Bildung sowie Netzwerkarbeit und Forschungsförderung

Seit Ende des Jahres 2018 sind diverse Projekte der präventiven Arbeit von der Landeszentrale für politische Bildung auf den Weg gebracht worden. Zugleich wurden bereits bestehende Programme und Projekte weiterentwickelt und optimiert. Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft (MKW) hat aus der Perspektive der Forschung die Umsetzung der Ziele des ganzheitlichen Handlungskonzeptes durch zwei wesentliche Handlungsfelder vorangetrieben. Dies betrifft zum einen die Förderung von zusätzlichen Forschungsprojekten über die bereits bestehenden Projekte hinaus und zum anderen die Stärkung der wissenschaftlichen Vernetzung und den Wissensaustausch zwischen Forschung, Präventionspraxis und Behörden. Der Nukleus hierfür ist seit 2016 das Kompetenznetzwerk „Connecting Research on Extremism in North Rhine-Westphalia“, kurz CoRE-NRW, welches sich kontinuierlich weiterentwickelt. Das Innenministerium beteiligt sich an diesem Projekt.

Die Unterstützung von Forschung und wissenschaftlicher Vernetzung zur Herausforderung des extremistischen Salafismus und weiterer Extremismusformen bleibt eine gesellschaftlich wichtige Aufgabe, die auch im Koalitionsvertrag des Jahres 2022 adressiert wurde und vom MKW aufgegriffen und weiterverfolgt wird. Dabei werden auch weiterhin Themen aus Wissenschaft und Praxis aufgenommen, die aktuelle und grundsätzliche Fragestellungen in den Blick nehmen. Der Austausch innerhalb des Netzwerks zwischen Wissenschaft, Praxis, Verwaltung und Politik wird auch zukünftig im Fokus des Netzwerks stehen.

Zertifikatsstudienprogramm „Islam in der Sozialarbeit“

Der erste Durchlauf des Zertifikatsstudienprogramms „Islam in der Sozialarbeit“ fand von Februar bis Oktober 2022 bei der WWU Weiterbildung gGmbH an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster statt. Es handelt sich um ein niedrigschwelliges Angebot, welches auch Menschen erreichen soll, die nicht über die Zugangsvoraussetzungen für ein universitäres Studium verfügen. 25 Personen wurden in das Programm aufgenommen. Über 40 Personen haben sich beworben. Die Zertifikatsübergabe fand am 24. Oktober 2022 statt. 23 Personen konnte das Zertifikat

ausgehändigt werden. Das Programm ist auf hohe Resonanz gestoßen, so dass ein zweiter Durchlauf des Zertifikatsstudienprogramms von Februar 2023 bis Oktober 2023 stattfindet. Aufgrund der Evaluationsergebnisse wurde die Konzeption des Programms um die Module „Antisemitismus“ und „Islam im Spannungsfeld demokratische Grundwerte“ erweitert. Die Umsetzung des erweiterten Zertifikatsstudienprogramm endet im Oktober 2023.

Qualifizierungsreihe „Starke Jugend – Gemeinsam für Demokratie sowie Antisemitismus“

Die viertägige Qualifizierungsreihe der Landeszentrale für politische Bildung will dabei unterstützen, Moscheegemeinden in die Präventionsarbeit vor Ort einzubinden. Seit 2018 wurde die Reihe in den Städten Bochum, Bielefeld, Dortmund, Aachen und Köln durchgeführt. Die Umsetzung erfolgte in Kooperation mit dem Ministerium des Innern, dem Integrationsministerium, dem Landesprogramm „Wegweiser“ sowie mit den Kontaktbeamtinnen und Kontaktbeamten für interkulturelle und religiöse Angelegenheiten der Polizei (ehemals: Kontaktbeamtinnen und Kontaktbeamte für muslimische Institutionen). Der Erfolg der Maßnahme hängt im Wesentlichen davon ab, ob es den Akteurinnen und Akteuren vor Ort gelingt, muslimische Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für die Reihe zu gewinnen. In den meisten Städten konnten knapp 20 Personen erreicht werden. Bei der Umsetzung in der Stadt Köln wurde der Schwerpunkt auf Antisemitismus gelegt. Die Auswertungsergebnisse werden in die Konzeption des Programms einfließen. Geplant ist, mit der Neukonzeption 2024 zu starten.

Veranstaltungen zum Thema „Islam von Islamismus unterscheiden. Antimuslimischem Rassismus begegnen“

Die Veranstaltungsreihe der Landeszentrale für politische Bildung informiert über den Islam und gibt Einblicke in das Fach „Islamischer Religionsunterricht“ (IRU). Sie klärt über die Gefahren auf, die vom Islamismus als politischer Ideologie ausgehen und informiert über die Auswirkungen des antimuslimischen Rassismus, der inzwischen auch lebensbedrohliche Dimensionen angenommen hat. Das Ministerium des Innern, das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration und das Ministerium für Schule und Bildung beteiligen sich an dem Projekt. Die Informationsreihe wird seit einigen Jahren in unterschiedlichen Städten angeboten, aufgrund der COVID-19-Pandemie im Jahr 2021 auch digital. Die Reihe stößt nach

wie vor auf hohe Resonanz. So besteht weiterhin enormer Bedarf insbesondere bei pädagogischen Fachkräften, über die Rahmenbedingungen des islamischen Religionsunterrichts und die Ausbildung der Lehrkräfte für diesen Unterricht informiert zu werden. Auch sind Kenntnisse über extremistische Haltungen erforderlich, um damit angemessen im Schulalltag umgehen zu können. Die Veranstaltungsreihe wird bis Herbst 2023 aufgewertet und gegebenenfalls für 2024 neu aufgelegt.

Veranstaltungsreihe „Einstiegsprozesse in den Rechtsextremismus und Islamismus“

Die Veranstaltungsreihe „Einstiegsprozesse in den Rechtsextremismus und Islamismus“ wird von der Landeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit dem Ministerium des Innern seit dem Jahr 2017 durchgeführt. Nach mehreren Veranstaltungen für eine pädagogische Zielgruppe wurde ausgehend von der Kontaktaufnahme der Feuerwehr Düsseldorf das Format für diese Zielgruppe angepasst und 2020 eine erste Veranstaltung durchgeführt. Ausgehend von dieser Kooperation hat sich ein intensiver Kontakt zwischen dem Verfassungsschutz, der Landeszentrale für politische Bildung und dem Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen (IdF) ergeben. Es wurde eine gemeinsame Veranstaltung entwickelt, die im Jahr 2022 viermal am IdF vor Beschäftigten der Feuerwehr aus ganz Nordrhein-Westfalen durchgeführt wurde. Die Fortführung im Jahr 2023 ist derzeit in Abstimmung. Die Weiterentwicklung bestehender Veranstaltungen und die Konzeption von neuen Formaten werden zwischen den Partnern abgestimmt.

Demokratiewerkstätten

Im Rahmen der Demokratiewerkstätten wird Bildungsarbeit in benachteiligten Quartieren angeboten. Die Werkstätten mit ihrem Wirkungskreis – dem konkreten Raum vor Ort – öffnen den Zugang zu den Zielgruppen, bauen direkten Kontakt auf, entdecken Themen und machen sie aufbauend auf Vertrauen bearbeitbar. Ziel ist es, Problemlagen und Bedarfe im Stadtteil gemeinsam zu erkennen, gemeinschaftliche Interessen des Quartiers zu artikulieren und Lust zu machen auf die Mitgestaltung eines lebenswerten Stadtteils. Die Wahrung der Menschenwürde, gegenseitiger Respekt, gelebte Toleranz, die Wertschätzung von Vielfalt und friedlichen Konfliktlösungen – all das macht eine demokratische Haltung aus. Um einen individuelleren Zugang zu Themen rund um Demokratie zu schaffen, werden seit 2017 landesweit in acht Quartieren in Kooperation mit lokalen Trägern

Demokratiewerkstätten betrieben. Damit ist die Extremismusprävention eine von vielen Nebeneffekten, aber nicht die primäre Zielsetzung.

„Plan P. – Jugend stark machen gegen islamistische Radikalisierung“

Das Projekt „Plan P. – Jugend stark machen gegen islamistische Radikalisierung“ (bis 2021 „salafistische Radikalisierung“) in Trägerschaft der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS) Nordrhein-Westfalen e.V. hat den Aufbau eines landesweiten Kompetenz- und Beratungsnetzwerk in allen kommunalen Jugendamtsbezirken zum Ziel. Bis Ende 2022 konnten ca. 215 Fachkräfte in 81 Jugendamtsbezirke in Nordrhein-Westfalen durch die Fortbildungsreihe qualifiziert werden. Die in den Jahren 2020/2021 durchgeführte externe Evaluation zeigte, dass die qualifizierten Personen insbesondere den Kompetenzerwerb, das gewonnene Praxiswissen und die Vernetzung sehr schätzten. Im Jahr 2022 wurden zusätzlich zu den modularen Fortbildungen die Formate „Plan P. – Regional“ und „Plan P. – Digital“ begonnen, die sich neben der Vernetzung insbesondere mit extremistischen Ansprachen an Jugendliche in den Sozialen Medien beschäftigen.

„expo-nrw.dok“

Ziel des am 1. Februar 2022 in Trägerschaft des IFAK e.V. begonnenen Projekts war es, sich aus einer phänomenübergreifenden Perspektive mit der Präventionsarbeit in den Bereichen Islamismus und Rechtsextremismus auseinanderzusetzen und etwaige Transfermöglichkeiten, Synergien aber auch Unterschiede zwischen den Bereichen zu diskutieren. Dabei standen extremistische Ansprachen im digitalen Raum besonders im Fokus. Die Ergebnisse sollen in Form medialer Erzeugnisse der Trägerlandschaft in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt werden. Das Projekt wurde am 31. März 2023 abgeschlossen.

„bildmachen – Radikalisierungsprävention und politische Bildung in digitalen Lebenswelten“

Das Projekt „bildmachen – Radikalisierungsprävention und politische Bildung in digitalen Lebenswelten“ (kurz: „bildmachen NRW“) war ein aus einem Bund-Länder-Vorhaben hervorgegangenes und seit 2020 auf das Bundesland Nordrhein-Westfalen beschränktes Projekt, das durch die Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS) Nordrhein-Westfalen umgesetzt wurde. „Bildmachen NRW“ wendete sich an Jugendliche und pädagogische Fachkräfte und förderte unter Rückgriff auf Elemente der

Medienpädagogik sowie der politischen Bildung eine aktive und sensible Nutzung von Online-Medien in der Begegnung mit extremistischen sowie menschen- und demokratiefeindlichen Ansprachen in sozialen Medien. Das Projekt wurde Ende 2021 abgeschlossen.

Internetplattform „Gegen gewaltbereiten Salafismus. Informieren. Helfen. Gegensteuern“ der Landeszentrale für politische Bildung

Seit Ende 2019 informiert das Internetportal "Gegen gewaltbereiten Salafismus. Informieren. Helfen. Gegensteuern" über gewaltbereiten Salafismus und dessen Hintergründe sowie über die vielfältigen Präventionsangebote der Landesregierung zum Thema Salafismusprävention. Im August 2020 wurde die Seite zudem durch einen Newsletter-Service ergänzt. Sie wird stetig aktualisiert und setzt auch inhaltlich neue Schwerpunkte, zum Beispiel mit dem Themendossier „Online-Prävention“. Das Portal bietet zudem eine Übersicht über anstehende Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen mit Bezug zum Islamismus. Darüber hinaus dokumentiert die Plattform die Arbeit der IMAG „Salafismusprävention“.

Connecting Research on Extremism in North-Rhine Westphalia, CoRE-NRW

Ziel des dynamischen Netzwerks ist es, wissenschaftliche Expertise zu bündeln und den interdisziplinären Wissensaustausch innerhalb der Forschung sowie mit Praxisakteurinnen und Praxisakteuren zu stärken. Dabei werden auch Politik und Verwaltung adressiert und in den Wissensaustausch und Transfer eingebunden. Das MKW unterstützt CoRE-NRW mit der Finanzierung einer Koordinierungsstelle, die seit August 2019 am Friedens- und Konfliktforschungsinstitut „Bonn International Centre for Conflict Studies“ (BICC) in Bonn angesiedelt ist. Die Koordinierungsstelle steuert die Aktivitäten in CoRE-NRW, pflegt die Vernetzung und erweitert bzw. vertieft die Kontakte. Zudem erstellt oder organisiert die Koordinierungsstelle Gutachten im Auftrag des MKW zu relevanten Fragestellungen des extremistischen Salafismus und weiterer Extremismusformen. Diese Gutachten werden öffentlich zum Beispiel über die Webseite von CoRE-NRW publiziert.

2019 wurde CoRE-NRW konzeptionell angepasst und ausgebaut. Zusammen mit einer thematischen Erweiterung konnte der Kreis mitwirkender Forscherinnen und Forscher erheblich ausgeweitet werden. Dies hat zu einer deutlich dynamischeren und interaktiveren Plattform geführt. Das Netzwerk erreicht über 450 Mitwirkende aus allen

einschlägigen Forschungsdisziplinen, staatliche und zivilgesellschaftliche Präventionsakteure, Sicherheitsbehörden und Ministerien, die in verschiedenen Veranstaltungsformaten regelmäßig Forschungsergebnisse, neue Forschungsfragen und Implikationen für die Praxis reflektieren. Beteiligt ist auch das Ministerium des Innern. Das Netzwerk ist in den vergangenen drei Jahren über die Landesgrenze hinausgewachsen und mittlerweile auch bundesweit aktiv. Dies gilt sowohl für die Veranstaltungen, die CoRE-NRW-Publikationsreihe, als auch für weitere Veröffentlichungen und darüberhinausgehende Informationsdienstleistungen. So wurden seit 2019 insgesamt fünf Kurzgutachten (<http://core-nrw.de/publikationen>) publiziert. Drei weitere wurden 2022 in Auftrag gegeben, die im Laufe des ersten Halbjahres 2023 erscheinen werden. Fünf der insgesamt acht Kurzgutachten haben einen Bezug zu Themen der IMAG „Salafismusprävention“. Auf diese Weise macht CoRE-NRW Expertise in und für Nordrhein-Westfalen direkt abruf- und nutzbar. CoRE-NRW bleibt auch in Zukunft ein dynamisches Netzwerk, das aktuelle Forschungsthemen sowie Wissens- und Vernetzungsbedarfe in Nordrhein-Westfalen aufgreifen wird. Im Jahr 2021 wurde der Vertrag mit der Koordinierungsstelle um weitere zwei Jahre bis zum 31. Juli 2024 verlängert.

Forschungsprojekte

Im Kontext von CoRE-NRW werden durch das MKW Forschungsvorhaben im Themenfeld der Extremismusforschung gefördert, um erstens zu einem besseren Verständnis von Radikalisierungsphänomenen und deren Kontexten beizutragen und zweitens wissenschaftsbasierte Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis zu generieren. Seit dem zweiten IMAG-Bericht wurden drei zusätzliche Forschungsprojekte bewilligt, die sich der Erforschung von Islamismus bzw. extremistischem Salafismus widmen (siehe Tabelle) und sich derzeit noch in Bearbeitung befinden. Das erste Forschungsvorhaben befasst sich mit Diskursen und Effekten der Islamismusprävention, speziell im Kontext Schule. Das zweite Projekt ist eine ethnografische Untersuchung salafistischer Alltagspraktiken. In der dritten Forschungsarbeit werden extremistisch-salafistische Radikalisierungsverläufe im Vergleich mit anderen Phänomenbereichen modelliert.

Sechs weitere CoRE-NRW-Projekte wurden seit 2019 beendet und haben ihre Erkenntnisse in die wissenschaftlichen Diskurse und die praktischen Handlungsfelder der Prävention eingespeist.

Laufende Projekte (nach Länge der Laufzeit geordnet)			
	<i>Titel</i>	<i>Institut</i>	<i>Laufzeit</i>
1	Der Islam in der Kontroverse: Praktische Dilemmata in schulischen Kontexten	TU Dortmund	01. Mai 2023 – 30. April 2025
2	Salafiyya leben. Religiöse Ideale und muslimische Praxis in der postmigrantischen Gesellschaft	Universität zu Köln, Orientalisches Seminar	01. November 2020 – 31. Oktober 2023
3	EMRA, Pfade zum Terrorismus: Empirische Testung eines umfassenden Modells der Radikalisierung in unterschiedlichen Phänomenbereichen	Universität Münster, Hochschule des Bundes Brühl	15. April 2022 – 29. Februar 2024
Beendete Projekte seit 2019 (nach Länge der Laufzeit geordnet)			
	<i>Titel</i>	<i>Institut</i>	<i>Laufzeit</i>
1	Bildung und Diskurs zur Islamismusprävention. Pädagogische Ambitionen und kontra-intentionale Effekte	TU Dortmund	12. Oktober 2020 – 30. September 2022
2	Radikalisierungsprävention in Nordrhein-Westfalen: Wie können die Kapazitäten von Intermediären gestärkt werden	Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)	01. Juli 2018 – 31. Dezember 2021
3	Neosalafismus in Bonn-Bad Godesberg: Eine Fallstudie zur sozialräumlichen Einbettung von Gewalt befürwortenden und Gewalt ablehnenden neosalafistischen Gruppen	Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG)	01. September 2017 – 31. August 2020
4	Countering Digital Dominance, Islamdiskurse und Gegenerzählungen in online und offline Kontexten	Universität Münster, Zentrum für Islamische Theologie (ZIT)	01. Mai 2017 – 30. September 2020
5	Anfällig für Radikalisierung? Denk- und Handlungsmuster von (muslimischen) Kindern und Jugendlichen in segregierten Stadtteilen	Fachhochschule Münster, Fachbereich Sozialwesen	01. März 2017 – 31. Dezember 2019
6	Spektren des salafistischen Diskurses in Nordrhein-Westfalen – Kontroversen, Strategien, Machtverschiebungen	Universität zu Köln, Orientalisches Seminar und Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Institut für Soziologie	01. Januar 2017 – 28. Februar 2019

7	Die Jugendkulturelle Dimension des Salafismus aus der Genderperspektive	Fachhochschule Dortmund, Fachbereich Angewandte Sozialwissenschaften	01. Januar 2017 – 28. Februar 2019
---	---	--	------------------------------------

Insgesamt wurden vom MKW für das Themenfeld der Erforschung des extremistischen Salafismus und anderer Extremismusformen seit 2016, dem Bestehen von CoRE-NRW, rund 4,7 Millionen Euro an Fördermitteln für Forschung und Koordinierung zur Verfügung gestellt.

2.7. Bilanz des Ministeriums für Schule und Bildung (MSB)

Schule ist der Ort, an dem viele unterschiedliche gesellschaftliche Positionen und Meinungen zusammenkommen. Sie ist ein Ort der Vielfalt und des Miteinanders, an dem eine demokratische Kultur gelebt und vermittelt wird.

Schule hat daher einen verbindlichen umfassenden Bildungsauftrag, der die politische Bildung, die Gestaltung von Schulkultur und Demokratiepädagogik für unsere Gesellschaft beinhaltet. Dazu gehört als Teilbereich die Extremismusprävention. Sie ist zunächst der beste Schutz gegen jede Form von extremistischen Positionen innerhalb und außerhalb des Unterrichts.

Gleichzeitig hat die Schule auch den Auftrag, interventiv tätig zu werden. Sie greift bei Verstößen gegen die geltenden Regeln erzieherisch zum Beispiel mit Ordnungsmaßnahmen ein. Durch die Neufassung des gemeinsamen Runderlasses „Zusammenarbeit bei der Verhütung und Bekämpfung der Jugendkriminalität“ vom 19. November 2019 wurde zudem eine Meldepflicht der Schule an Polizei oder Staatsanwaltschaft bei der Begehung von politischen Straftaten in der Schule und im schulischen Umfeld aufgenommen.

Eine Kombination von Prävention, Achtsamkeit und Intervention und ein Mitwirken aller Beteiligten ist besonders wichtig; denn Präventionsarbeit darf nicht Aufgabe einzelner Personen oder Gruppen sein. Daher legt das MSB großen Wert auf die Beteiligung vieler Personengruppen, die das Schulleben prägen.

Die Auseinandersetzung mit extremistischen Positionen ist ein Thema aller Fächer, insbesondere auch der historisch-politischen Bildung. Die Lehrpläne für diese Fächer

enthalten entsprechende Vorgaben. Demokratische Gestaltungs-, Diskussions-, und Streitkultur sowie Extremismusprävention sind aber auch fester Bestandteil des Schullebens. Schule schafft Gelegenheiten, dass Schülerinnen und Schüler Verantwortung übernehmen können. Dieses geschieht durch die vielen Mitwirkungsmöglichkeiten in der Schule, aber auch durch die Förderung der demokratischen Kultur. Programme wie „Demokratisch Handeln“, „Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage“ oder „Demokratie lernen“ geben allen am Schulleben Beteiligten die Möglichkeit, sich aktiv für eine demokratische Gesellschaft zu engagieren. Das Kompetenznetzwerk „Demokratiebildung im Jugendalter“ gibt hierfür gelungene Beispiele, wie Demokratie gelebt werden kann.

Viele Projekte und Vorhaben wurden seit dem zweiten Bericht der IMAG „Salafismusprävention“ mit Stand Dezember 2018 weiterentwickelt und realisiert. Die Digitalisierung von Schulen, gerade in der Zeit der Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie, hat es ermöglicht, neue Wege zu finden, Online-Plattformen im Rahmen der Präventionsarbeit zu nutzen, um Schülerinnen und Schülern zusätzliche Möglichkeiten zu geben, sich im Rahmen der Demokratiebildung zu engagieren.

Weiterentwicklung des Notfallordners für Schulen „Hinsehen und handeln“

Ein wichtiger Baustein ist der Notfallordner „Hinsehen und Handeln“. Er ist aktuell überarbeitet und ergänzt worden und steht den Schulen seit Mai 2023 zur Verfügung. Neu daran ist, dass mit der dritten Auflage auch ein gesondertes Krisenpräventionshandbuch den Schulen und anderen Interessierten vorgelegt wird, das wertvolle Hilfen für eine gezielte Präventionsarbeit beinhaltet.

Die Themen Extremismusprävention und Antisemitismus haben in der Neuauflage einen hohen Stellenwert erlangt. Es wurden konkrete Hinweise und Empfehlungen sowohl zur Prävention als auch zur Intervention aufgenommen. Hier wird betont, wie wichtig es ist, Äußerungen und Handlungen extremistischer und menschenverachtender Art weder zu bagatellisieren noch ohne Konsequenzen zu belassen, weil damit die Äußerungen und/oder Handlungen stillschweigend geduldet und toleriert werden würden. Dieses gilt erst recht, wenn diese Äußerungen und/oder Handlungen mit der Ankündigung einer Straftat verbunden sind.

„Fachkräfte für Systemische Extremismusprävention“ („SystEx“)

Die Aufgabe der „Fachkräfte für Systemische Extremismusprävention“ („SystEx“) ist es, die Arbeit der Schulpsychologischen Beratungseinrichtungen und Schulen bei Fragen zur Prävention von Radikalisierung, Extremismus und Gewalt zu unterstützen. Auf Basis des Erlasses „Stärkung der Präventionsarbeit von Schulen bei gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamismus und Salafismus sowie Rechts- und Linksextremismus“ vom 16. April 2019 hat das Land Nordrhein-Westfalen allen 54 schulpsychologischen Diensten zur Unterstützung im Bereich des Extremismus ab dem 1. August 2019 insgesamt 54 Stellen zur Verfügung gestellt. Diese wurden mit erfahrenen sozialpädagogischen Fachkräften oder Beratungslehrkräften besetzt und sind Teil eines Maßnahmenkonzepts der IMAG „Salafismusprävention“.

Landesstelle Schulpsychologie und schulpsychologisches Krisenmanagement (LaSP)

Die LaSP hat neben ihren vielfältigen Zuständigkeiten ihre Aufgabe als zentrale Anlaufstelle zur Koordinierung der 54 SystEx-Stellen aufgenommen. Die Beraterinnen und Berater werden geschult sowie mit Informationen und Material versorgt. Die LaSP pflegt die Kontakte zu Beratungsstrukturen außerhalb der Schule auch auf überregionaler Ebene und sorgt dafür, dass die Beraterinnen und Berater regelmäßig auf dem neuesten Stand der Entwicklungen sind. Durch die Fortschreibung des Erlasses hat die Landesstelle Aufgaben im Rahmen des Programms „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ übernommen und ist für die Leitung der Landeskoordination zuständig. Ebenso hat sie die Aufgabe erhalten, mit anderen Institutionen beziehungsweise Arbeitsstellen zu kooperieren. Dazu gehören beispielsweise wissenschaftlich-universitäre Institutionen, die Unfallkasse Nordrhein-Westfalen, die kommunalen Spitzenverbände, Landesnetzwerke und Fachstellen für Gewalt- und Extremismusprävention, die Landeskoordinierungsstelle gegen Cybergewalt beim Schulpsychologischen Dienst der Stadt Düsseldorf, der Qualitäts- und UnterstützungsAgentur/Landesinstitut für Schule und weitere staatliche, kommunale und zivilgesellschaftliche Akteure.

„Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit – Beratung bei Rassismus und Antisemitismus“ („SABRA“)

Im Rahmen der Extremismusprävention an Schulen in Nordrhein-Westfalen besteht seit dem Jahr 2020 eine Kooperation mit der „Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit – Beratung bei Rassismus und Antisemitismus“ (SABRA). Die Service-Stelle in Trägerschaft der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf wird im Rahmen der „Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Integrationsagenturen für die Belange von Menschen mit Migrationshintergrund“ aus Mitteln des MKJFGFI gefördert. Das Aufgabenprofil umfasst unter anderem neben der Erstberatung die Unterstützung bei akuter Diskriminierung sowie eine Interventionsunterstützung für Schulen in Nordrhein-Westfalen. SABRA unterstützt Schulen beim Umgang mit allen Formen des Antisemitismus, vor allem im Bereich des israelbezogenen Antisemitismus. Letzterer hat in der Corona-Pandemie im Rahmen von Verschwörungstheorien erneut großen Auftrieb erhalten. Gerade in den Schulen findet sich im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt eine Übertragung tradiertter Feindbilder und Legenden gegenüber Jüdinnen und Juden auf den Staat Israel.

Zur Unterstützung der Lehrkräfte an Schulen hat SABRA neben der Beratung bei antisemitischen Vorfällen eine Fortbildungsreihe „Kompetent und konsequent gegen Antisemitismus. Intensivlehrgang für Pädagoginnen und Pädagogen zum Umgang mit Antisemitismus entwickelt, die unter anderem die Themenschwerpunkte „Gegenwärtige Formen des Antisemitismus“, „Intervention bei Antisemitismus in der Schule“ sowie „Verschwörungserzählungen und Antisemitismus“ beinhaltet.

Darüber hinaus ist seit Februar 2021 MALMAD, der virtuelle Methodenkoffer gegen Antisemitismus, mit Unterstützung des MKJFGFI online und unterstützt schulische wie außerschulische Bildnerinnen und Bildner methodisch in ihrer Arbeit. Die Lehr- und Fachkräfte sollen neue Impulse für ihren Unterricht bekommen und für den Umgang mit Antisemitismus verstärkt sensibilisiert werden.

Das Team von SABRA unterstützt durch seine Tätigkeit das landesweite Beratungsangebot der 54 „Fachkräfte für Systemische Extremismusprävention“ („SystEx“) gegen Antisemitismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus und Salafismus. Erste Fortbildungsmaßnahmen der „SystEx“ durch SABRA im Bereich der Antisemitismusprävention und -intervention, vor allem in Bezug auf die Merkmale des israelbezogenen Antisemitismus, haben bereits

stattgefunden, so dass alle Fachkräfte weitergebildet werden konnten. Durch die zusätzliche fachliche Vertiefung im Bereich der Antisemitismusprävention können die „SystEx“ die Schulen zukünftig weiterhin bei antisemitischen Vorfällen aller Art beraten.

Ebenfalls seit 2021 ist SABRA Mitglied in dem zusätzlich durch das MKJFGFI geförderten Verbund aus Servicestellen und Integrationsagenturen, die die Aufgabe haben, Fachexpertise im Bereich Antisemitismus auszubauen und als Expertinnen und Experten für das Thema zur Verfügung zu stehen. Der Kompetenzverbund soll außerdem einmal im Jahr einen Bericht zu der Entwicklung der Beratungsnachfrage im Bereich Antisemitismus erstellen.

2.8. Bilanz des Ministeriums der Justiz (JM)

Seit dem zweiten Bericht der IMAG „Salafismusprävention“ wurden die Maßnahmen im Bereich der Radikalisierungsprävention stetig organisatorisch und personell weiterentwickelt und optimiert.

Das Projekt „Prävention von Radikalisierung in nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten“ wurde durch die Institutionalisierung des Fachbereichs Radikalisierungsprävention im Justizvollzug fest in die Organisationsstruktur des Justizvollzuges verankert. Die Aufgaben werden von einem fünfköpfigen interdisziplinären Team aus den Gebieten Islamwissenschaft, Soziologie, Sozialpädagogik und Kriminologie wahrgenommen. Neue Arbeitskapazitäten wurden auch durch den zusätzlichen Einsatz von Präventionsbeauftragten im Bereich der jungen Gefangenen sowie von Extremismusbeauftragten in Justizvollzugsanstalten des geschlossenen Vollzuges geschaffen.

Zudem ist die Vernetzung mit dem Verfassungsschutz, dem Landeskriminalamt sowie mit dem Bundeskriminalamt durch Arbeitskontakte, gemeinsame Dienstbesprechungen und Kooperationsvereinbarungen verstärkt worden.

Coronabedingt konnte die Fortbildungsarbeit nicht im erforderlichen Umfang realisiert werden. Mit dem zivilgesellschaftlichen Träger IFAK e.V., Bochum, ist die Zusammenarbeit im Berichtszeitraum allerdings restrukturiert und zuletzt intensiviert worden. Der Träger ist zwischenzeitlich in der Klientelarbeit sowie in der Fortbildung der Bediensteten in einer Vielzahl von Justizvollzugsanstalten eingebunden.

Die religiöse Betreuung muslimischer Inhaftierter konnte ebenfalls sukzessive weiter ausgebaut und etabliert werden.

Fachbereich Radikalisierungsprävention im Justizvollzug

Zum 1. Juni 2021 wurde das bei der Justizvollzugsanstalt Remscheid ansässige bewährte Projekt „Prävention von Radikalisierung in nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten“ durch Einrichtung des Fachbereichs Radikalisierungsprävention im Justizvollzug institutionalisiert.

Der Fachbereich Radikalisierungsprävention im Justizvollzug ist eine zentrale Organisationseinheit im Justizvollzug des Landes Nordrhein-Westfalen. Ziel ist die Prävention gegen den religiösen und politischen Extremismus und die Bekämpfung von Radikalisierungsgefahren im Justizvollzug.

Der Fachbereich ist seit 1. Juni 2021 organisatorisch der Justizvollzugsanstalt Essen angegliedert. Er hat seinen Sitz in Essen (in den Räumlichkeiten des Zentrums für Interkulturelle Kompetenz).

Dem Fachbereich obliegt die fachliche Beratung und Unterstützung des für die Justiz zuständigen Ministeriums und der Justizvollzugseinrichtungen in Angelegenheiten der Bekämpfung und Prävention des religiösen und politischen Extremismus im Justizvollzug. Der Fachbereich wirkt, soweit fachlich angezeigt, auf eine Vereinheitlichung und/oder eine anstaltsübergreifende Steuerung hin.

Zu den wesentlichen Aufgaben des Fachbereichs gehören die Beratung der Justizvollzugseinrichtungen im Allgemeinen sowie anlassbezogen in konkreten Einzelfällen zu religiösen, ideologischen und kulturellen Fragestellungen, die Unterstützung der Justizvollzugseinrichtungen beim Ausbau der Betreuung von muslimischen Gefangenen, der Aufbau eines Berichtswesens zur Koordinierung von Verdachtsfällen sowie die Durchführung von Fortbildungen von Justizbediensteten.

Integrations-, Präventions- und Extremismusbeauftragte

In Anerkennung der gesamtgesellschaftlichen Gefahren, die durch radikalisierte und radikalierungsgefährdete Straftäterinnen und Straftäter ausgehen, hat der Justizvollzug in Nordrhein-Westfalen neben den ohnehin stetig ausgebauten interdisziplinären internen und externen Behandlungsangeboten in den letzten Jahren zusätzliche Strukturen und Stellen geschaffen, die speziell auf den Phänomenbereich ausgerichtet sind:

Zur Verbesserung der Sicherheit im nordrhein-westfälischen Justizvollzug wurden Integrationsbeauftragte bestellt, die als Kulturmittlerinnen und Kulturmittler tätig werden. Sie fördern die Integration ausländischer Inhaftierter und tragen damit zur Stärkung eines sicheren Strafvollzuges bei.

Ferner sind im nordrhein-westfälischen Justizvollzug sieben Präventionsbeauftragte eingesetzt, die in zehn Justizvollzugsanstalten tätig sind. Die Präventionsbeauftragten werden in allen Jugendvollzugsanstalten sowie in den Justizvollzugsanstalten des Erwachsenenvollzuges eingesetzt, die über eine Jungtäterabteilung verfügen.

Bei den Präventionsbeauftragten handelt es sich um Angehörige des Sozialdienstes, die wiederum organisatorisch dem Fachbereich Sozialdienst und fachlich unter Radikalisierungsgesichtspunkten dem Fachbereich Radikalisierungsprävention zugeordnet sind. Als Mitarbeitende des Sozialdienstes obliegen ihnen die fachliche Diagnostik und Beratung, Behandlung, Vernetzung und Vermittlung sozialer Hilfen, und zwar unter den Aspekten der Radikalisierungsprävention. Ziel ist es, auf betroffene gefährdete und radikalisierte Gefangene behandlerisch motivierend einzuwirken.

Zur weiteren Stärkung der Sicherheitsstrukturen bei der Radikalisierungsprävention im Justizvollzug wurden insgesamt 31 Stellen für Extremismusbeauftragte zugewiesen.

Die Kernaufgabe der Extremismusbeauftragten liegt in der sicherheitsorientierten Bekämpfung des Extremismus in Justizvollzugsanstalten, insbesondere durch die Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden und anderen Extremismusbeauftragten, dem Erlass und der Überprüfung von Sicherheitsverfügungen bei extremistischen Inhaftierten, der Überwachung von Außenkontakten, der Entwicklung von Lagebildern und anstaltsspezifischen Sicherheitskonzepten sowie der Pflege einer Datensammlung über einschlägige Erkenntnisse im Bereich Extremismus.

Präventionsprojekt „re:vision“ und Schulungen durch das Zentrum für interkulturelle Kompetenz

Mit dem zivilgesellschaftlichen Träger IFAK e.V. wird das behördliche Vollzugsangebot im Bereich der Radikalisierungsprävention erweitert.

Das bereits im Jahr 2018 aufgenommene und vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ geförderte Präventionsprojekt richtet sich mit einem phänomenübergreifenden Präventionsansatz gegen jegliche Radikalisierungstendenzen.

Im Vordergrund des Projekts stehen soziale Gruppenarbeiten mit geeigneten Gefangenen. Überdies bietet der Träger IFAK e.V. auch Informations- und Fortbildungsveranstaltungen für Justizangehörige an.

Weitere Schulungen zur Sensibilisierung von Justizangehörigen hinsichtlich des Themenfeldes Radikalisierung werden von Seiten des Zentrums für interkulturelle Kompetenz durchgeführt.

Muslimische Religionsbetreuung

Die religiöse Betreuung muslimischer Inhaftierter wurde sukzessive weiter ausgebaut und hat sich in den nordrhein-westfälischen Justizvollzugseinrichtungen etabliert. Die bisherigen Bemühungen, die religiöse Betreuung muslimischer Inhaftierter auszubauen, werden fortgesetzt.

Die sowohl auf Honorarbasis als auch ehrenamtlich tätigen Kräfte führen das Freitagsgebet sowie muslimische Feiertage durch und betreuen die Inhaftierten im Rahmen von religiösen Einzel- und Gruppengesprächen. Der Fachbereich Radikalisierungsprävention unterstützt die Justizvollzugsanstalten darin, geeignete muslimische Religionsbetreuerinnen und Religionsbetreuer zu gewinnen und berät die Justizvollzugsanstalten bei Bedarf im Rahmen der Auswahlverfahren und zu Fragen der Ausübung des muslimischen Glaubens.

Risikoanalyseinstrumente

Strukturierte Risikobewertungsinstrumente zur Feststellung von Gefährdungs- und Radikalisierungspotenzialen einzelner Gefangener finden in Nordrhein-Westfalen bisher keine Anwendung. Der hiesige Fachbereich Radikalisierungsprävention im Justizvollzug beobachtet und analysiert allerdings auf nationaler und internationaler Ebene solche Instrumente.

Da auch eine Vernetzung zwischen Sicherheitsbehörden im Themenfeld Radikalisierungsprävention immer wichtiger wird, wurde im Rahmen eines Forschungsprojekts

des Bundeskriminalamts betreffend Risikobewertungsinstrumente eine Kooperation mit dem hiesigen Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen vereinbart.

3. Vorstellung des Wissenschaftlichen Beirats der IMAG

Die Arbeit der IMAG „Salafismusprävention“ wird fachlich durch ein wissenschaftliches Begleitgremium, den „Wissenschaftlichen Beirat“, flankiert. Er berät die IMAG inhaltlich und strategisch, nimmt an Arbeits- und UAG-Sitzungen der IMAG teil und stellt seine Expertise im Rahmen von Stellungnahmen und fachlichen Beiträgen zur Verfügung. Ein Beispiel dafür ist der Beitrag in Kapitel 4 dieses Berichts.

Die Einrichtung eines Wissenschaftlichen Beirats wurde von den in der IMAG „Salafismusprävention“ vertretenen Ressorts einstimmig beschlossen. Diese hatten sich in der IMAG-Sitzung vom 20. November 2020 darauf verständigt, ein solches Expertinnen- und Experten-Gremium ins Leben zu rufen. Zur Umsetzung dieses Vorhabens wurde eine Unterarbeitsgruppe eingerichtet, die „UAG Wissenschaftlicher Beirat“. Die Mitglieder dieser UAG – allesamt Vertreterinnen und Vertreter der in der IMAG mitwirkenden Ressorts – entwarfen in der Folge einen konzeptionellen Leitfaden für die Ausgestaltung des Wissenschaftlichen Beirats und schlugen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor.

Für die Einsetzung eines Wissenschaftlichen Beirats nach mehrjähriger Tätigkeit der IMAG gab es gute Gründe. Ein zentrales Anliegen war es, die getroffenen Präventionsmaßnahmen ganzheitlich in den Blick zu nehmen und die Wirksamkeit der Interministeriellen Arbeitsgruppe weiter zu steigern. Die bisherigen Tätigkeiten und Erfahrungen sollten mit wissenschaftlicher Expertise ausgewertet werden, um die dabei gewonnenen Erkenntnisse in die weitere Arbeit einzubeziehen. Auch ein kontinuierlicher fachlicher Austausch zwischen den beteiligten Ressorts und der Wissenschaft über das entwickelte Handlungskonzept, laufende Maßnahmen und künftige Präventionsansätze wurde als notwendig erachtet. Nachdem eine Ausschreibung zu einer wissenschaftlichen Begleitung erfolglos verlaufen war, wurde entschieden, eine Gruppe von fachlich ausgewiesenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zur Unterstützung der gesamten IMAG für die Teilnahme an einem Begleitgremium zu gewinnen. Dieses Begleitgremium erhielt im weiteren Prozess die Bezeichnung „Wissenschaftlicher Beirat“. Der Beirat ist auf ehrenamtlicher Basis tätig.

Der aus insgesamt zehn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bestehende Wissenschaftliche Beirat konstituierte sich am 11. Mai 2022. Als Vorsitzender und Sprecher des Beirats wurde Prof. Dr. Conrad Schetter, Geschäftsführer und wissenschaftlicher Leiter des „Bonn International Centre for Conflict Studies“ (BICC) gewählt. BICC übernahm die Koordinierung der Arbeit des Wissenschaftlichen Beirats.

Das BICC ist ein Friedens- und Konfliktforschungsinstitut, das auch im Bereich der Sicherheitsforschung tätig ist. Es wurde 1994 gegründet und beschäftigt aktuell rund 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die thematischen Schwerpunkte des BICC sind Vertreibung, Flucht und Integration kombiniert mit regionalwissenschaftlicher Expertise zu Krisenländern in den Regionen Afrika, Mittlerer Osten und Osteuropa.

Um das Institut bei der Koordination des Wissenschaftlichen Beirats der IMAG Salafismusprävention zu unterstützen, fördert das MKJFGFI seit dem 1. Januar 2023 eine Personalstelle für eine/n wissenschaftliche/n Mitarbeiter/in bei BICC. Aufgabe ist es, den Austausch mit der IMAG Salafismusprävention zu pflegen und diese fachlich zu unterstützen. Zu den Aufgaben gehört es außerdem, die Beiratssitzungen vor- und nachzubereiten sowie die anfallende bürokratische und organisatorische Arbeit zu übernehmen. Die Finanzierung einer Wissenschaftlichen Mitarbeiter/in-Stelle bei BICC durch das MKJFGFI gewährleistet die Arbeitsfähigkeit des Wissenschaftlichen Beirats und unterstreicht, dass es sich bei dem Beirat um ein eigenständiges und unabhängiges Gremium handelt, das die Landesregierung bei ihrer Arbeit im Bereich der Islamismusprävention unterstützt.

Die berufenen Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats sind:

Prof. Dr. med. Marc Allroggen: Leitender Oberarzt, Sektionsleiter Institutsambulanz und Forensik an der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie am Universitätsklinikum Ulm

Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani: Inhaber des Lehrstuhls für Erziehung und Bildung in der Migrationsgesellschaft an der Universität Osnabrück. Relevante Forschungsschwerpunkte: Konfliktlinien in der Einwanderungsgesellschaft, Interessen-, Ressourcen- und Alltagskonflikte auf kommunaler und gesamtgesellschaftlicher Ebene, Integrationsdiskurse, Rassismus, Diskriminierung, soziale Schließungstendenzen, Radikalisierung

Dr. Lena Lehmann: Kriminologin, M.A. und Diplom Pädagogin, Referentin an der Universität der Bundeswehr München, Relevanter Forschungsschwerpunkt: Radikalisierung im digitalen Zeitalter

Prof. Dr. Mouhanad Khorchide: Leiter des Zentrums für Islamische Theologie, Professor für Islamische Religionspädagogik an der WWU Münster. Relevante Forschungsschwerpunkte: Islamische Religionspädagogik und deren Didaktik

Prof. Dr. Michael Kiefer: Professur für Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft an der Universität Osnabrück. Islamwissenschaftler. Relevanter Forschungsschwerpunkt: Islamismus, Radikalisierungsprävention, Antisemitismus

Dr. Meltem Kulaçatan: Religions- und Erziehungswissenschaftlerin, Goethe-Universität Frankfurt am Main. Relevanter Forschungsschwerpunkt: Radikalisierung von Frauen und jungen Mädchen im Kontext des islamistischen Extremismus

Prof. Dr. Kurt Möller: Erziehungswissenschaftler, Fakultät Soziale Arbeit, Bildung und Pflege an der Hochschule Esslingen. Relevante Forschungsschwerpunkte: Gewalt, Rechtsextremismus, Involvierungsprozesse in und Distanzierungsprozesse von Islamismus, Pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen, demokratische Bildung

Prof. Dr. Armina Omerika: Islamwissenschaftlerin und Juniorprofessorin an der Goethe-Universität Frankfurt. Relevanter Forschungsschwerpunkt: Ideengeschichte des Islam

Prof. Dr. Conrad Schetter: Professor für Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Bonn, Direktor des Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC), Relevanter Forschungsschwerpunkt: Islamistische Strömungen, unter anderem im Nahen Osten, Sudasien, Ostafrika

Prof. Dr. Hacı-Halil Uslucan: Psychologe, Professor für Moderne Türkeistudien und Integrationsforschung, Universität Duisburg-Essen, Wiss. Leiter des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI). Relevanter Forschungsschwerpunkt: Psychosoziale Belastungen von Migrantenfamilien und Religiöse Sozialisationsmuster und -felder

4. Schwerpunktthema: Digitale Plattformen: Treiber von Radikalisierung und Mittel der Prävention

In Radikalisierungsprozessen wirkt die Digitalisierung als ein potenzieller Verstärker. Entsprechend muss eine Präventionsarbeit gegen islamistische Bewegungen die Radikalisierungspotenziale des digitalen Raumes berücksichtigen. Der Islamismus als eine extremistische Bewegung versteht den Islam nicht ausschließlich als private Religion, sondern als eine politische Agenda und ist somit auf die Transformation politischer Strukturen ausgerichtet. Der Islamismus umfasst ein sehr breites Spektrum legalistischer Strömungen wie zum Beispiel Millî Görüş, die auf eine islamkonforme Ausgestaltung politischer Strukturen abzielen. Er umfasst aber auch dschihadistische und terroristische Strömungen, wie Al-Qaida oder den Islamischen Staat, die über gewaltvolle Wege die Errichtung eines sogenannten Gottesstaates anstreben.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz schätzt die Zahl der Personen im islamistischen Bereich in Deutschland derzeit auf 28.290 und ordnet hiervon 11.900 Personen dem extremistischen Salafismus zu. Auf Grundlage dieser Zahlen stuft der Verfassungsschutzbericht den extremistischen Salafismus als die bedeutendste islamistische Strömung in Deutschland ein. Von diesen leben etwa 2.800 Personen in Nordrhein-Westfalen – unter ihnen schätzungsweise 600 gewaltbereite Salafistinnen und Salafisten (Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2022). Laut NRW-Verfassungsschutz wurden im Jahr 2022 14 salafistisch beeinflusste Moscheevereine beobachtet (NRW-Verfassungsschutz).

Der Salafismus ist eine strenge fundamentalistische Auslegung des Islams und umfasst verschiedene Strömungen. Die Mehrheit der Salafistinnen und Salafisten definiert für sich im privaten Raum eine fromme Lebensweise und ist politisch nicht aktiv (puristischer Salafismus). Sie fallen demnach nicht unter den Begriff „Islamisten“. Im Gegensatz dazu stehen aktivistische Salafistinnen und Salafisten (Fouad & Said 2020). Aktivistische Salafistinnen und Salafisten betätigen sich politisch, gesellschaftlich oder militant. Sie werden dem Islamismus zugeordnet. Diese in Deutschland oft als extremistisch-salafistisch bezeichnete Szene ist hochdynamisch und tief gespalten. Während eine anti-demokratische Ideologie die Akteurinnen und Akteure im extremistischen Salafismus eint, unterscheidet sich die Radikalität der Akteurinnen und Akteure ebenso wie die von ihnen verwendeten (Kommunikations-)Mittel (zum Beispiel soziale Medien) und die damit verbundene Reichweite der von ihnen vermittelten Inhalte.

Der extremistische Salafismus umfasst eine breit aufgestellte politische Akteurslandschaft, die ihre Ideologie über Missionierungsarbeit (arab. Da'wa) verbreitet (politischer Salafismus). Hierzu gehören salafistische Prediger, organisiert zum Beispiel in der Muslimbrüder-nahen Deutschsprachigen Muslimischen Gemeinschaft e.V. (DMG), oder zivilgesellschaftliche Organisationen, die im Bereich der Bildung oder der humanitären Hilfe aktiv sind. Politische Salafistinnen und Salafisten verwenden keine direkte Gewalt zum Erreichen der eigenen Ziele. Politische Salafistinnen und Salafisten betrachten die Anwendung von gewaltsamen Mitteln jedoch nicht immer als illegitim (Pfahl-Taughber 2015). Daher besteht Potenzial für eine gewaltbereite Radikalisierung, weshalb der politische Salafismus nicht eindeutig von der gewaltbereiten bis hin zur terroristischen Szene (dschihadistischer Salafismus) abgegrenzt werden kann.

Der extremistische Salafismus wirkt in verschiedenen Lebensrealitäten – online und offline. Der Bezug zu salafistischen Inhalten und Ideen wird sowohl über digitale Angebote im Internet (unter anderem Blogs, Podcasts, soziale Medien wie Instagram, Videos, Websites), Messenger-Dienste (WhatsApp, Telegram) als auch über realweltliche Strukturen (zum Beispiel Moschee, Buchhandlungen) hergestellt und gelebt. Darüber hinaus können immer auch „dunkle“ soziale Medien (das heißt zum Beispiel soziale Kontermedien oder Fringe Communities) Radikalisierung fördern (vgl. Frischlich, Schatto-Eckrodt & Völker 2022). Online-Radikalisierungsprozesse finden nicht ohne eine Einbettung in realweltliche Kontexte statt (Rothut et al. 2022). Islamismus allgemein und ebenso der extremistische Salafismus stellen keine reinen Jugendphänomene dar (Nordbruch 2022). Salafistische Inhalte sprechen sowohl junge Menschen als auch Erwachsene in verschiedenen Altersgruppen an: 2019 lag der höchste Anteil der dem Verfassungsschutz bekannten extremistischen Salafistinnen und Salafisten in Nordrhein-Westfalen in der Altersgruppe 26 bis 35 (41 Prozent), gefolgt von 38 Prozent bei den über 35-jährigen (Ministerium des Innern NRW 2020, 19). Mit Blick auf Radikalisierungsprozesse werden individuelle Faktoren für und Formen der Radikalisierung (kognitiv vs. praktisch) unterschieden (Nordbruch 2022). Dennoch adressiert der extremistische Salafismus insbesondere junge Menschen (Lehmann & Schröder 2021; Döring et al. 2020).

Im öffentlichen Erscheinungsbild sind es vor allem Männer, die den extremistischen Salafismus vertreten. Tatsächlich zeigen jüngste Untersuchungen aber, dass auch Frauen eine zweifache Rolle in Radikalisierungsprozessen übernehmen: Sie sind zum

einen Zielgruppe in Radikalisierungsprozessen. So lag der Anteil von Frauen und Mädchen in der extremistisch-salafistischen Szene in Nordrhein-Westfalen im Oktober 2019 bei schätzungsweise 18 Prozent, rund 560 Personen (Ministerium des Innern NRW 2020, 17). Zum anderen fördern Frauen die Mobilisierung. Dies geschieht nicht nur innerhalb der eigenen Familien durch die Ideologisierung von Kindern und durch die Praxis von Anwerbeprozessen in Moscheen, Kitas und Schulen oder im Tätigkeitsbereich extremistisch-salafistischer Hilfsorganisationen (Fritzsche 2018). Frauen werben insbesondere auch im digitalen Bereich über Messenger-Dienste und Internetplattformen (Bayerns Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung).

Neben dem Konsum von Online-Aktivitäten spielen auch das Posten und Netzwerken im Internet eine große Rolle (Lehmann & Schröder 2021, 14). Instagram oder YouTube sind kostenlos, leicht zugänglich und haben eine große Reichweite (Huwald und Suder 2022). Die extremistisch-salafistische Szene nutzt die vielfältigen Möglichkeiten des Internets und sozialer Plattformen, um ihre ideologischen Botschaften zu verbreiten, auf gesellschaftliche Diskurse einzuwirken und gezielt Anhänger zu werben und zu mobilisieren. Die Akteurinnen und Akteure haben ihre Aktivitäten und Angebote in den vergangenen Jahren professionalisiert (Döring 2022). Reges Engagement ist in den sozialen Medien auf verschiedenen Kanälen wie Instagram, Telegram, Twitter, TikTok, Facebook oder YouTube zu beobachten. Ein zentrales Mittel, das extremistisch-salafistische Akteurinnen und Akteure zur Einflussnahme nutzen, sind Videoclips. Für die Verbreitung salafistischer Inhalte werden Influencerinnen und Influencer eingesetzt oder beliebte Marken verwendet und verfälscht, um vor allem junge Menschen anzusprechen (Klicksafe 2022). Extremistisch-salafistischer Einfluss ist zudem vermehrt in digitalen Kleinbetrieben (zum Beispiel zum Vertrieb von Kleidung, Coachingangeboten oder Lernmaterialien) zu erkennen (IM 2022). Digitale Plattformen bieten dabei jeweils unterschiedliche Gelegenheitsstrukturen für inhaltliche Angebote und Kommunikationsformen (Frischlich et al. 2022). Extremistisch-salafistische Akteurinnen und Akteure nutzen diese Affordanzen für ihre Zwecke, so zum Beispiel für die Verbreitung ideologischer Botschaften und Propaganda, um Offline-Events zu bewerben (zum Beispiel Fußballspiele), um zur Gewaltanwendung gegen Ungläubige aufzurufen, oder für Spendensammlungen und Solidaritätsaufrufe. Diese Aufrufe gelten inhaftierten Anhängerinnen und Anhängern in Deutschland oder beispielsweise auch in Nordsyrien. Die digitale Vernetzung hierzulande lebender extremistischer Salafistinnen und Salafisten mit ausgereisten, und nun teils kampferfahrenen Akteurinnen und Akteuren in

Nordsyrien, birgt besondere Gefahrenpotenziale. Die Digitalisierung und das Internet spielen eine große Rolle sowohl in der Rekrutierung als auch in Anschlagsplanungen, indem extremistisch-salafistische Akteurinnen und Akteure auf virtuelle Unterstützer-Netzwerke zurückgreifen.

Deplattforming als eine Gegenmaßnahme hat in den vergangenen Jahren Erfolge erzielt, indem in den sozialen Medien dschihadistische Kanäle gelöscht wurden. Allerdings findet hierdurch auch eine Verschiebung von Inhalten auf andere Dienste statt. Verschlüsselte Messenger-Dienste sowie das breite, dynamische digitale Angebot stellen weiterhin Herausforderungen für die Präventionsarbeit dar (Çakilkum, siehe BAG ReLEX 2022). Die digitale Welt bietet kontinuierlich Raum für Vernetzung, während Entwicklungen in der realen Welt die extremistisch-salafistische Szene in den zurückliegenden Jahren erheblich schwächten: So endete die Hochphase des IS in Syrien und Irak (2014-2016), wodurch ein mobilisierendes Element, das mit starker ideologischer Anziehungskraft und praktischer Ausreisedynamik verbunden war, wegfiel (Vogel 2022). Zudem schwächten staatliche Maßnahmen (zum Beispiel Ermittlungsverfahren, Vereinsverbote) sowohl gegen militante Gruppen als auch gegen unter dem Deckmantel von Hilfsorganisationen operierende Akteurinnen und Akteure die extremistisch-salafistische Szene in Deutschland erheblich. Das Verbot von „Lies!“ beispielsweise führte noch 2016 zum Zulauf für extremistisch-salafistische Hilfsorganisationen wie „Helfen in Not“ oder „Ansaar International“ (Von Boemcken 2019). Letztere wiederum hat das Bundesministerium des Inneren und für Heimat 2021 mit der Begründung der Terrorfinanzierung unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe verboten (Bundesministerium des Innern und für Heimat 2021). War somit seit 2015 im politischen Salafismus eine Verschiebung extremistisch-salafistischer Organisation in private Räume festzustellen („Home Da’wa“) (Von Boemcken 2019, 39), schränkte die Corona-Pandemie wiederum Treffen in privaten Räumen seit 2020 erheblich ein. Das Internet hingegen bietet vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen einen beständigen Interaktionsraum für Verschwörungsmymen, Hassrede, Radikalisierung und Rekrutierung (Rothut et al. 2022).

Zugleich bietet der digitale Raum Präventionsmöglichkeiten: Maßnahmen im digitalen Bereich wie das Computerspiel „Leons Identität“ zum Thema Radikalisierung und Rechtsextremismus, die Video- und Social-Media-Kampagne „Jihadi fool“ oder die Erweiterung des Präventionsprogramms „Wegweiser“ um eine Online-Komponente mit

Chat-Funktion sind deshalb darauf gerichtet, die mittlerweile etablierte digitale Lebenswelt vor allem junger Menschen in der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit zu berücksichtigen. Digitale Präventionsmaßnahmen müssen deshalb einen bedeutenden Bestandteil der Präventionsarbeit bilden.

Handlungsempfehlungen:

1. Islamistinnen und Islamisten einschließlich extremistischer Salafistinnen und Salafisten in Deutschland nutzen das Internet in hohem Maße für Anwerbe- und Rekrutierungsprozesse. Deshalb sollte das Land Nordrhein-Westfalen Maßnahmen im Internet zur Aufklärung und Sensibilisierung zum Thema Islamismus und extremistischer Salafismus gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Trägern und der Forschung ausbauen. Hier unterstreichen wir nachdrücklich bereits formulierte Empfehlungen zu Maßnahmen, die einen neuen Umgang mit digitalen Medien voraussetzen. Zu diesen gehören der Ausbau der Medienkompetenz von Jugendlichen, Erwachsenen und Schlüsselpositionen (Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Lehrkräfte, Politik etc.); die kritische Prüfung bestehender Gesetze, um auf Straftaten in Social Media zu reagieren; oder der Ausbau von Kennzeichnungen problematischer Inhalte in Social Media (siehe diese Empfehlungen in Beelmann und Lehmann 2020).
2. Darüber hinaus sind weitere wichtige Ansatzpunkte Schulungsangebote für Akteurinnen und Akteure in Polizei und Justiz, zum Beispiel bezüglich des Erkennens von Hass-Kampagnen, die verbesserte Anzeigemöglichkeit bei der Polizei (zum Beispiel Online Strafanzeige) und die finanzielle Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen, Meldestellen oder Opferschutzstellen, die Betroffene, beispielsweise in Fällen von Hate Speech, kostenfrei anwaltlich beraten.
3. Auch im digitalen Raum sollten Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner für Präventionsinitiativen Moscheegemeinden und muslimische Vereine sein, die ein Engagement zur Extremismusprävention zeigen.
4. Sowohl der Islamismus als auch der extremistische Salafismus zielen insbesondere auf die Mobilisierung Jugendlicher ab, die sie über digitale Plattformen einfach erreichen. Dennoch handelt es sich bei beidem nicht ausschließlich um Jugendphänomene. Präventionsmaßnahmen im digitalen Raum sollten Jugendliche ebenso adressieren wie Erwachsene.

5. „Dunkle“ Soziale Medien stellen eine gesonderte Herausforderung über den Mainstream der Sozialen Medien hinaus dar, die in der Präventionsarbeit berücksichtigt werden müssen. Hier besteht Forschungsbedarf, den das Land Nordrhein-Westfalen fördern kann. Gleiches gilt für die Forschung über die Wechselwirkungen zwischen Online-Aktivitäten und Offline-Entwicklungen.
6. Das Land Nordrhein-Westfalen sollte Online-Präventionsmaßnahmen begleitend evaluieren.
7. Das Netzwerk CoRE-NRW bündelt Expertise aus Wissenschaft und Praxis auch im Themenfeld Online-Radikalisierung und -Prävention. Die IMAG „Salafismusprävention“ sollte diese verfügbare Wissensressource bei der Konzeptionierung von digitalen Präventionsmaßnahmen nutzen.²

5. Fazit

Es ist das Ziel der dauerhaft eingerichteten IMAG, islamistischen Einflussnahmen – insbesondere auf junge Menschen – entgegenzutreten und Radikalisierungsprozesse frühzeitig zu unterbrechen. Dies soll sowohl durch Sensibilisierung, Information, Aufklärung und Empowerment als auch durch bedarfsorientierte Beratungsangebote und Hilfestellungen erreicht werden.

Die Bedrohung durch den extremistischen Salafismus sowie andere islamistische Ideologien richtet sich gegen das friedliche gesellschaftliche Zusammenleben und kann lebensbedrohliche Dimensionen annehmen. Darüber hinaus verstärken sich islamistische Bestrebungen sowie Rechtspopulismus und -extremismus gegenseitig, wodurch Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus weiter befördert werden. Die Herausforderung besteht darin, islamistische Narrative aufzulösen und ihnen demokratische, vielfaltsbefürwortende und diskriminierungssensible Konzepte entgegenzusetzen. Auch gilt es, insbesondere junge Menschen zu empowern, ihr Demokratiebewusstsein zu stärken und ihre Teilhabechancen zu verbessern. Die Präventionsinitiativen der IMAG leisten hierzu einen wichtigen Beitrag.

Die an der IMAG „Salafismusprävention“ beteiligten Ressorts haben in diesen Arbeitsfeldern in den vergangenen Jahren eine Vielzahl entsprechender Projekte und Pro-

² Literaturverzeichnis siehe Ziffer 7, Anhänge.

gramme auf den Weg gebracht und erfolgreich durchgeführt. Eines der vielen Beispiele ist das Präventionsprogramm „Wegweiser“. Dieses wurde im Rahmen einer wissenschaftlichen Evaluation hinsichtlich der Qualität seiner Konzeption, seiner Struktur und seiner Prozesse als sehr wirkungsvoll bewertet. Einen Überblick über die zahlreichen abgeschlossenen und laufenden Maßnahmen gibt die von den Ressorts erstellte Projekt-Matrix, die diesem Bericht beigelegt ist. Aus der Matrix lassen sich neben der Bezeichnung und der Laufzeit der jeweiligen Maßnahme auch die Zielgruppe/n, die Zielsetzung/en, der Umsetzungsstand sowie die jeweiligen externen Träger und Angaben zur Ausweitung in Nordrhein-Westfalen entnehmen. Die Matrix bietet nicht nur eine Übersicht über die Aktivitäten der Ressorts im Bereich der Salafismus- bzw. Islamismusprävention, sie soll auch als Grundlage und Hilfestellung für die weitere Arbeit an einem ressortübergreifenden ganzheitlichen Handlungskonzept im Bereich der Islamismusprävention dienen.

Auch strukturell hat sich die IMAG fortentwickelt. Unterarbeitsgruppen, beispielsweise zur Einrichtung eines Wissenschaftlichen Beirats, zur Rolle von Frauen in Radikalisierungsprozessen und zur Vernetzung der IMAG-Ressorts wurden eingerichtet und zum Teil abgeschlossen. So konnten etwa Ursachen von Radikalisierungsprozessen insbesondere von Frauen identifiziert, Vernetzungen zur Vermeidung von Doppelstrukturen vertieft und zielgerichtete Konzepte realisiert werden.

Als Ergebnis einer der oben genannten Unterarbeitsgruppen hat der Wissenschaftliche Beirat als Beratungsgremium seine Arbeit aufgenommen. In dem Beirat sind renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als Mitglieder vertreten, die die IMAG fortlaufend begleiten und ihre Expertise zur Verfügung stellen. Zudem macht der Beirat Vorschläge zu speziellen Schwerpunktthemen für die Zukunft und berät und begleitet bei der Umsetzung. Damit wird sichergestellt, dass neben der Operationalisierung der Vernetzungsprozesse und der Zusammenarbeit auch ein fachlicher Input aus Sozial-, Politik- und Islamwissenschaften in die Strukturen der IMAG und in das Handlungskonzept einfließt.

So hat der Wissenschaftliche Beirat beispielsweise bei der Frage der Umbenennung der IMAG beraten. Als Ergebnis wurde der Entschluss gefasst, den Namen der 2016 eingesetzten IMAG „Salafismusprävention“ in IMAG „Islamismusprävention“ zu ändern. Die Arbeit der IMAG widmet sich bereits seit geraumer Zeit einem breiteren Phänomenbereich und deckt neben dem extremistischen Salafismus eine große Zahl an

unterschiedlichen verfassungs- und demokratiefeindlichen religiösen und politischen Ideologien ab. Der Islamismus stellt eine dynamische Ideologie dar, die von weltweiten gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Entwicklungen beeinflusst wird. Dies erfordert nicht nur eine ständige Überprüfung und Anpassung der flexiblen fach- und disziplinübergreifenden Ausrichtung von Prävention, sondern umfasst in der Folge auch die Fortentwicklung der IMAG und ihres Namens.

Ein aktuelles Schwerpunktthema, mit dem sich die IMAG befasst, ist die Rolle von digitalen Plattformen in islamistischen Radikalisierungsprozessen. Nicht nur extremistisch-salafistische, sondern auch islamistische Gruppierungen insgesamt sind verstärkt im digitalen Raum vertreten. Wie der Wissenschaftliche Beirat im 4. Kapitel exemplarisch für den extremistischen Salafismus ausführt, erwirkt die deutschsprachige islamistische Szene heutzutage vor allem online Sichtbarkeit, unter anderem in den Sozialen Medien. Insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene sind mit islamistischen Ansprachen im Internet konfrontiert, da die Inhalte sich überwiegend explizit an ein junges Publikum richten und niedrigschwellig abrufbar sind. Bekannte Prediger sowie Akteurinnen und Akteure der islamistischen Szene sind regelmäßig auf den Social Media-Kanälen der einschlägigen Gruppierungen präsent.

Um dem entgegenzuwirken, ist es der IMAG bereits gelungen, diverse Projekte ins Leben zu rufen, um die Zielgruppen hinsichtlich Online-Propaganda und -radikalisierung zu sensibilisieren und aufzuklären.

6. Ausblick

Die zukünftige Aufgabe liegt in der inhaltlich-thematischen Weiterentwicklung der IMAG und des Handlungskonzeptes. Der Fokus liegt hier insbesondere darauf, die Präventionsmaßnahmen im digitalen Raum weiter auszubauen und dabei verstärkt mit muslimisch geprägten Partnerinnen und Partnern aus zivilgesellschaftlichen Vereinen und Moscheegemeinden zusammenzuarbeiten. Ziel ist es, die unterschiedlichen Zielgruppen über die Gefahren und Methoden islamistischer Einflussnahme und Radikalisierung im Internet aufzuklären und insbesondere für und mit jungen Menschen Gegenakzente zu setzen. Die Bereitstellung von Online-Angeboten wie Dialog- und Informationsplattformen sowie die Entwicklung von Schulungsangeboten und Informations-

materialen ist deshalb von Bedeutung. Dazu gehört auch der Ausbau von Medienkompetenzen sowohl bei jungen Menschen als auch bei Eltern, Lehrkräften und allen im Feld der Islamismusprävention und Demokratiebildung engagierten Personen. Dies kann beispielsweise dabei helfen, Kommunikationsstrategien von Islamistinnen und Islamisten früher und besser zu erkennen. In islamistischen und jihadistischen Milieus kommt Frauen und Müttern als „Ideologie-Produzentinnen“ eine besondere Rolle zu. Mit Blick auf sie und die Kinder, die sie erziehen, muss es auch weiterhin Präventionsangebote geben, die sich insbesondere auch an Frauen und Mädchen richten.

Darüber hinaus sind die Themen „Dunkle“ Soziale Medien sowie Wechselwirkungen zwischen Online-Aktivitäten und Offline-Entwicklungen verstärkt in den Blick zu nehmen, auch vor dem Hintergrund, dass in diesen Bereichen noch Forschungsbedarf besteht. Auch die Verzahnung von Offline- und Online-Präventionsmaßnahmen gewinnt an Bedeutung: Mit der Erweiterung des landesweit bereits etablierten Präventionsprogramms „Wegweiser“ um eine Online-Komponente wird insbesondere jungen Menschen, deren Lebenswelten stark digital geprägt sind, künftig der Zugang zum Angebot erleichtert. Bei der Entwicklung von Präventionsansätzen ist neben der Einbeziehung wissenschaftlicher Expertise auch die Berücksichtigung von Praxiswissen zentral. Hierbei kann u. a. auf die fachliche Expertise von CoRE-NRW (Netzwerk für Extremismusforschung in Nordrhein-Westfalen) zurückgegriffen werden.

Die Zukunftsaufgabe der IMAG wird es sein, Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis zur Fortentwicklung des ressortübergreifenden, ganzheitlichen Handlungskonzepts zusammenzuführen und daraus mit bereiten Mitteln der jeweils betroffenen Ressorts bedarfsorientierte Ansätze der Islamismusprävention (weiter) zu entwickeln.

7. Anhänge

7.1. Literaturverzeichnis zum Schwerpunktthema: Digitale Plattformen: Treiber von Radikalisierung und Mittel der Prävention

BAGRelEx. 2022. Fachgespräch zu jihadistischen Bewegungen in Syrien und im Irak – ein Rückblick, online abrufbar unter <https://www.bag-relex.de/fachgespraech-zu-jihadistischen-bewegungen-in-syrien-und-im-irak-ein-rueckblick/>, 11. Januar, 09:15.

Bayerns Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung. Antworten auf Salafismus: Mädchen und Frauen im Salafismus. Online abrufbar unter: <https://www.antworten-auf-salafismus.de/salafismus/maedchen-frauen/index.php>, 15. März 2023, 12:05.

Beelmann, A. & Lehmann, L. 2020*: Radikalisierung im digitalen Zeitalter. Handlungsempfehlungen an Politik, Praxis und Gesellschaft. Kurzfassung. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut e.V., Juli 2020. Online abrufbar unter: https://kfn.de/wp-content/uploads/2020/07/RadigZ_Handlungsempfehlungen_Kurz.pdf, 12.05.2023, 17:07.

Beelmann, A. & Lehmann, L. 2020*: Radikalisierung im digitalen Zeitalter. Handlungsempfehlungen an Politik, Praxis und Gesellschaft. Langfassung. Hannover, Jena: Kriminologisches Forschungsinstitut e.V., August 2022. Online abrufbar unter: https://kfn.de/wp-content/uploads/2022/09/RadigZ_Handlungsempfehlungen_Langfassung.pdf, 12.05.2023, 17:07.

Bundesministerium des Innern und für Heimat. 2022. Verfassungsschutzbericht 2021. Online abrufbar unter <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2022-06-07-verfassungsschutzbericht-2021.html>, 06. Januar 2023, 16:23.

Bundesministerium des Innern und für Heimat. 2021. Bundesinnenminister verbietet islamistisches Netzwerk Ansaar International e.V., online abrufbar unter <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2021/05/verbotsverfahren-ansaar.html>, 09. Januar 2023, 16:47.

Döring, M. (Hg.). 2022. Forschungsbericht 2022. CoRE-NRW Netzwerk für Extremismusforschung in Nordrhein-Westfalen, Bonn International Centre for Conflict Studies, online abrufbar unter https://www.bicc.de/uploads/tx_bicctools/CoRE-NRW_Forschungsbericht_2022.pdf, 06. Januar 2022, 12:47.

Döring, M., Röing, T., & Boemcken, M. v. 2020. "Prävention ist keine Eintagsfliege": Herausforderungen und Bedarfe der Prävention islamistischer Radikalisierung aus lokaler Perspektive in Nordrhein-Westfalen." BICC Working Paper. Bonn International Center for Conversion (BICC), online abrufbar unter <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-68123-2>, 09. Januar 2023, 17:03.

Fouad, H. & Said, B. 2020. Islamismus, Salafismus, Dschihadismus. Hintergründe zur Historie und Begriffsbestimmung. Bundeszentrale für politische Bildung, online abrufbar unter <https://www.bpb.de/themen/infodienst/322920/islamismus-salafismus-dschihadismus/#node-content-title-0>

Frischlich, L., Schatto-Eckrodt, T., Völker, J. 2022. „Rückzug in die Schatten? Die Verlagerung digitaler Foren zwischen Fringe Communities und „Dark Social“ und ihre Implikationen für die Extremismusprävention. CoRE-NRW Kurzgutachten Nr. 4, online abrufbar unter <https://www.bicc.de/publications/publicationpage/publication/rueckzug-in-die-schatten-die-verlagerung-digitaler-foren-zwischen-fringe-communities-und-dark-so/>, 10. Januar 2023, 16:48.

Fritzsche, N. 2018. Mädchen und Frauen im Salafismus. Gender-Perspektive auf Rollenverhältnisse, Anwerbung und Hinwendungsmotive. Bundeszentrale für politische Bildung. Online abrufbar unter <https://www.bpb.de/themen/infodienst/281785/maedchen-und-frauen-im-salafismus/>, 15.03.2023, 11:35.

Huwald, F. & Suder, P. 2022. Interview: Radikalisierung im Internet. Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen. Online abrufbar unter <https://www.gegen-gewaltbereiten-salafismus.nrw/hintergruende/im-fokus/online-praevention/interviews/radikalisierung-im-internet/>, 16. März 2023, 11:14.

Klicksafe. 2022. Salafismus im Netz. Salafistische Propaganda online. Online abrufbar unter <https://www.klicksafe.de/salafismus>, 09. Januar 2023, 16:57.

Konrad Adenauer Stiftung. Extremismus. Islamismus. Online abrufbar unter <https://www.kas.de/de/web/extremismus/islamismus>, 15. März 2013, 10:13.

Lehmann, L. und Schröder, C. P. 2021. Dynamiken bei der Online-Radikalisierung von Jugendlichen. *BPJM Aktuell*, 29 (2), 10-15.

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen. 2023. Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2022. Online abrufbar unter https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/verfassungsschutzbericht_nrw_2022.pdf, 02.05.2023, 11:22.

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen. 2020. 2. Lagebild Salafismus Nordrhein- Westfalen. Online abrufbar unter <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV17-2954.pdf>, 16. März 2023, 11:40.
Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen und Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen. 2018. „Teilhabe, Prävention und Deradikalisierung. Zweiter Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Salafismusprävention“.

Nordbruch, G. 2022. Ausdifferenzierung der islamistischen Szene in Deutschland. Wie sich die islamistische Szene wandelt und was das für die universelle Präventionsarbeit bedeutet. Bundeszentrale für politische Bildung, online abrufbar unter, <https://www.bpb.de/themen/infodienst/512545/ausdifferenzierung-der-islamistischen-szene-in-deutschland/>, 06. Januar 2023, 11:22.

Pfahl-Traughber, A. 2015. Salafismus – was ist das überhaupt? Definitionen – Ideologiemerkmale – Typologisierungen. Bundeszentrale für politische Bildung, online abrufbar unter <https://www.bpb.de/themen/infodienst/211830/salafismus-was-ist-das-ueberhaupt/>, 09. Januar 2023, 14:15.

Rothut, S. et al. 2022. Radikalisierung im Internet. Ein systematischer Überblick über Forschungsstand, Wirkungsebenen sowie Implikationen für Wissenschaft und Praxis. Core-nrw Netzwerk für Extremismusforschung in NRW, online abrufbar unter https://www.bicc.de/uploads/tx_bicctools/CoRE_KurzGutachten_5.pdf, 10. Januar 2023, 12:23.

Vogel, H. 2022. Ein Haufen Schutt. Die salafistisch-dschihadistische Szene im Umbruch. Bundeszentrale für politische Bildung, online abrufbar unter https://www.bpb.de/themen/infodienst/515398/ein-haufen-schutt/?pk_campaign=nl2022-11-24&pk_kwd=515398, 05. Januar 2023, 10:25.

Von Boemcken, M. 2019. Theologie, Therapie oder Teilhabe? Deutscher Salafismus, Radikalisierung und die Suche nach Präventionsstrategien, Bonn International Center for Conflict Studies. BICC Working Paper 1/2019, online abrufbar unter https://www.bicc.de/uploads/tx_bicctools/BICC_Working_Paper_1_2019.pdf, 09. Januar 2023, 13:32.

7.2. Tabellarische Übersicht der Präventionsmaßnahmen und Programme der IMAG-Ressorts (gemeinsame Projektmatrix)

Eine tabellarische Übersicht der Präventionsmaßnahmen und Programme der IMAG-Ressorts (gemeinsame Projektmatrix) ist über die folgende Adresse abrufbar: <https://www.gegen-gewaltbereiten-salafismus.nrw/dokument/gemeinsame-projekt-matrix-zum-3-imag-zwischenbericht>